



Die Außenminister von Tadschikistan und Kirgisistan
über die Zusammenarbeit mit der OSZE

Interview mit der OSZE-Beauftragten für
Medienfreiheit

Max van der Stoel – 1924-2011

A photograph showing a group of people, mostly men in dark suits, standing on the wide stone steps of a large, modern building with glass windows and columns. Some people are talking, some are looking towards the camera. A red carpet is laid out on the steps. The scene is brightly lit, suggesting a sunny day.

OSZE-Botschafter in Tadschikistan und Kirgisistan

Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Ueberreuter Print GmbH

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6267

Fax: (+43-1) 514 36-6105

OSZE-Vorsitz 2011: Litauen

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und
Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten
(Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE
(Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden

Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die
Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Büro in Minsk

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-Mission in Skopje

OSZE-Büro in Zagreb

Aus dem Inhalt

OSZE-BOTSCHAFTER IN TADSCHIKISTAN UND KIRGISISTAN

- 3 Tadschikistan, 4. bis 6. April 2011
- 6 Tadschikistan als Teil des regionalen Sicherheitssystems der OSZE
Hamrochon Sarifi
- 8 Kirgisistan, 7. bis 9. April 2011
- 10 Die Ereignisse in der Kirgisischen Republik und die Zusammenarbeit mit der OSZE im Jahr 2010
Ruslan Kasakbajew
- 12 Auf Posten wo die Welt beginnt und endet
Rodolfe Oberle
- 13 Die OSZE fördert Zugriff auf INTERPOL-Datenbanken
Christopher Hornek
- 14 Mutige Stimmen inmitten des Kampfgeschehens: Mediatoren in Südkirgisistan
Machamadschan Chamidow
- 16 Interview mit Zuhra Achmedowa: „Wir müssen das Misstrauen überwinden“
Swetlana Lewina
- 18 Ein Tag im Leben einer OSZE-Beamtin der Initiative für kommunale Sicherheit in Osch (Kirgisistan)
Allison Chapman

MEDIENFREIHEIT

- 20 Allergisch gegen Ausgewogenheit: Interview mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Dunja Mijatović
Frane Maroević
- 23 Der Medienrat Tadschikistans
Ursula Froese
- 25 Bloggen oder blocken
Bermet Mambetschaewa
- 27 15. Jahrestag des Rüstungskontrollübereinkommens in Südosteuropa
Brigadegeneral Costanzo Periotto
- 29 Max van der Stoep, 1924–2011
Walter Kemp
- 31 Neubesetzungen



Der norwegische Botschafter Guttorm Vik in nachdenklicher Stimmung während des OSZE-Botschafterbesuchs am 4. April 2011 in Duschanbe. (OSZE/URSULA FROESE)

OSZE-Botschafter in Tadschikistan und Kirgisistan

Illegaler Drogen- und Menschenhandel, gewalttätiger Extremismus als Vorstufe zu Terrorismus: Von diesen Bedrohungen sind alle Teilnehmerstaaten betroffen, wenn auch nicht im selben Ausmaß. Sechzehn in Wien tätige OSZE-Botschafter – aus Deutschland, den Vereinigten Staaten, Belgien, Frankreich, Lettland, Litauen, Irland, Portugal, den Niederlanden, Norwegen, Rumänien, der Russischen Föderation, der Slowakei, Slowenien, der Schweiz und der Europäischen Union – sowie ein Sonderbotschafter aus Litauen – tauschten in der Woche vom 4. bis 9. April 2011 ihre Aktenkoffer gegen Reisetaschen, um sich vor Ort darüber zu informieren, was die OSZE gegen grenzüberschreitende Bedrohungen in Tadschikistan und Kirgisistan unternimmt. Der Besuch unter der Leitung von Botschafter Renatas Norkus aus Litauen, dem diesjährigen Vorsitzland der OSZE, fand auf Initiative von Botschafter Heiner Horsten aus Deutschland, dem Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses des Ständigen Rates, statt.

Tajikistan, 4-6 April 2011

Ankunft in Duschanbe

Nur wenige Stunden nach der Ankunft um 3.20 Uhr beginnen sich in der Morgendämmerung die eindrucksvollen Umrisse der Berge vor einem rötlich gefärbten Himmel abzuzeichnen. 93 Prozent des Hoheitsgebiets Tadschikistans sind Berge, und ihre Gletscher versorgen die Felder seiner zentralasiatischen Nachbarn. Während der nächtlichen Stromabschaltung – nur einige Minuten bevor der Hotelgenerator anspringt – werden wir daran erinnert, dass ein Großteil der Bevölkerung nur zwei Stunden am Tag elektrischen Strom hat. Es ist zwar die Zeit der Frühjahrsschmelze, doch hören wir, dass die Wasserstände sehr niedrig sind. Die Bewirtschaftung der Wasserressourcen könnte in Zukunft durchaus die größte grenzüberschreitende Herausforderung für die Sicherheit Tadschikistans werden, weshalb sich das OSZE-Büro in Tadschikistan seit 2009 mit dieser Frage befasst. Auf dieser Reise geht es jedoch um Fragen der sogenannten ersten Dimension der OSZE, der militärischen und politischen Sicherheit.

„Man müsste länger als drei Tage bleiben, um alle Facetten unserer Reaktion auf grenzüberschreitende Bedrohungen kennenlernen zu können“, bemerkt Botschafter Vikki, der Leiter des OSZE-Büros in Tadschikistan, beim morgendlichen Einführungsgespräch. „Unsere Arbeit ist von einer starken und soliden Partnerschaft sowohl mit der Regierung Tadschikistans und ihren Organen und der Zivilgesellschaft des Landes als auch mit den hier tätigen internationalen Organisationen und den Botschaften geprägt.“ [Anmerkung: Der Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut, und der Außenminister Tadschikistans, Hamrochon Sarifi, unterzeichneten am 8. Juni 2011 in Wien eine Vereinbarung, die dem OSZE-Büro in Tadschikistan Rechtsstatus verleiht und die Vorrechte und Immunitäten der Mitarbeiter des Büros festlegt.]



Zusammentreffen mit Präsident Rachmon, 4. April 2011
(BBC/Sarina Khoshtbakh)

Zusammentreffen mit dem Präsidenten und dem Außenminister

In den Gesprächen mit Präsident Emomali Rachmon und Außenminister Hamrochon Sarifi wird eines deutlich: Tadschikistan schätzt die OSZE als Partner und misst der Zusammenarbeit im Vorgehen gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung als Vorstufen zu Terrorismus sowie gegen illegalen Drogenhandel und Menschenhandel größte Bedeutung bei. Der Präsident legt den Bericht 2010 der tadschikischen Drogenkontrollagentur vor. Er berichtet über die Zusammenarbeit Tadschikistans mit Afghanistan und unterstreicht die Bedeutung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Nationales Passamt

Der vom Innenministerium in Polizeidienststellen im ganzen Land ausgestellte sogenannte nationale Reisepass wird ohne Sichtvermerk für die Einreise in die Russische Föderation, Kasachstan und für bis zu 50 Kilometer nach Usbekistan akzeptiert. In Händen von Arbeitsmigranten ist er im Grunde ein nationaler Personalausweis. Alle Vermerke werden mit der Hand eingetragen, es gibt also keinen Datenaustausch. Tadschikistan stellt auch internationale Reisepässe und seit 2010 elektronische internationale Reisepässe aus. Nur letztere entsprechen den Standards der internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO). Die OSZE hilft dem Land bei der Modernisierung seines Identitätsmanagements. [Anmerkung: Am 8. April unterzeichneten das Büro in Tadschikistan und die Regierung eine Vereinbarung über Polizeireform.]



OSZE/URSULA FROESE

Workshop über grenzüberschreitende Bedrohungen

„Sie werden kaum eine schwierigere und kompliziertere Grenze als diese finden.“ Tadschikistans lange Grenze zu Afghanistan stand im Mittelpunkt von Diskussionen, die einen Tag lang mit Spitzenbeamten des Staatskomitees für nationale Sicherheit und Vertretern anderer internationaler Organisationen geführt wurden. Gebirgiges Gelände, 72 Kilometer Grenze, die nicht über Straßen erreichbar sind, und eine gemeinsame Sprache auf beiden Seiten der Grenze machen die wirksame Kontrolle illegaler Personen- und Warenbewegungen zu einer echten Herausforderung. Bedarf die Komplexität des Problems einer komplexen Antwort? Oder vielmehr eines ganzheitlichen Ansatzes?

Nach dem Abzug des russischen Grenzdienstes von

den ehemaligen Außengrenzen der Sowjetunion im Jahr 2005 hatte Tadschikistan extrem lange neue Grenzen zu verwalten. Die OSZE unterstützte die Regierung bei der Entwicklung einer nationalen Grenzmanagementstrategie, die 2010 mit Präsidentenerlass verabschiedet wurde. Weitere Elemente in der OSZE-Hilfe waren das Programm für Mitarbeiter des Streifendienstes und Führungskräfte, das Zollprojekt in Murgab und die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC), in der dieser Workshop stattfand. Die BMSC ist das erste internationale Zentrum für die Fachausbildung ranghoher Grenzbeamter, auch aus Afghanistan. Sie besteht seit zwei Jahren und ist eines der Projekte, die von der OSZE nach dem Beschluss des Ministerrats 2007 über ein verstärktes Engagement für Afghanistan entwickelt wurden.

Fahrt an die Grenze zu Afghanistan

Auf unserer Fahrt von Duschanbe nach Süden, vorbei an Familienhäusern, Weizenfeldern, Dörfern, den weißen Wohnhäusern, die die Regierung im letzten Jahr für die Umsiedlung von Opfern der Überschwemmungen in Kuljab einrichten ließ, und weiter durch Kurgan-Tjube, erreichen wir die Grenze in Pyanj und fahren am Niemandsland entlang zur Minenräumstation an der Grenze.

Die OSZE stellt Geldmittel für das Team des Verteidigungsministeriums zur Verfügung, das hier arbeitet, um das Gebiet sicher und für Grenzpatrouillen zugänglich zu machen. In Tadschikistan wurden während des Bürgerkriegs Minen gelegt, und später entlang seiner nördlichen und südlichen Grenzen. Wir werden Zeugen einer Detonation durch das zum Standard gewordene Minewolf-System mit Global Position Mapping – eine Demonstration. Doch in einem kleinen nahegelegenen Wald wurden erst unlängst echte Minen entdeckt. Die Gefahr ist also real, wie allzu viele Opfer jedes Jahr erfahren müssen.



OSCE/URSULA FROESE

Nizhny Pyanj

Die Brücke zwischen Tadschikistan und Afghanistan in Nizhny Pyanj wurde in Erwartung künftiger Handelstätigkeit mit zwei breiten Fahrbahnen ausgeführt. Heute gehen wir ungehindert bis in die Mitte, wo die Leiter der tadschikischen und afghanischen Grenzübergangsstellen einander die Hand schütteln. Zurück auf der tadschikischen Seite zeigt man uns den Grenzübergang, die Unterkünfte für die Grenztruppen und die spartanischen Lebensbedingungen in einer typischen Grenzkaserne. Die Grenzwachbeamten setzen ihr Leben aufs Spiel: Erst diese Woche kam ein Wachbeamter ums Leben; im September 2010 wurde ein ehemaliger OSZE-Praktikant im Dienst getötet.

Das im Dezember 2008 begonnene OSZE-Programm für Mitarbeiter des Streifendienstes und Führungskräfte half mit, die operativen Patrouillen- und Überwachungskapazitäten der tadschikischen Abteilung für Grenztruppen zu stärken, und versetzte sie in die Lage, die Zahl der entdeckten grenzüberschreitenden Bewegungen und der beschlagnahmten illegalen Waren zu erhöhen.

Die freie Wirtschaftszone Pyanj

Die OSZE unterstützt Tadschikistan seit 2008 bei der Entwicklung freier Wirtschaftszonen. Dabei handelt es sich um vom Staat definierte Gebiete mit günstigen Rahmenbedingungen für Unternehmer und den grenzüberschreitenden Handel. Die freie Wirtschaftszone Nizhny-Pyanj besteht vorläufig lediglich aus einem Container auf einem großen leeren Feld. Geht man aber nach der von der OSZE unterstützten freien Wirtschaftszone Soghd in Nordtadschikistan nahe der Grenze zu Usbekistan, so könnten bald Unternehmen aus dem In- und Ausland hier Fabriken bauen. Im September 2010 wurden die ersten Privatinvestoren in Soghd registriert. Im März 2011 hatten bereits zwölf Investoren Privatinvestitionen in Höhe von 37 Millionen US-Dollar in der Zone getätigt. Ein tadschikisch-zypriotisches Joint-Venture erzeugt zum Beispiel Wasserrohre aus Plastik, die zur Instandsetzung der Wasserversorgung in der Stadt Chudschand notwendig sind.



OSCE/URSULA FROESE

Tadschikistan als Teil des regionalen Sicherheitssystems der OSZE

von Hamrochon Sarifi



OSZE/ANDREI SERENKOW

In diesem Jahr begeht Tadschikistan nicht nur den 20. Jahrestag der Erlangung seiner staatlichen Unabhängigkeit, sondern feiert auch das 19-jährige Bestehen seiner Zusammenarbeit mit der OSZE. In dieser historisch gesehen relativ kurzen Zeit wurde die Grundlage für eine besonders ergiebige und facettenreiche Zusammenarbeit zwischen der Republik Tadschikistan, der OSZE und ihren Institutionen geschaffen. Ständige Kontakte und intensive Beratungen auf regelmäßiger Basis zeugen von einer wachsenden Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der OSZE. Der Aufbau tragfähiger Verbindungen und die Entwicklung der Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Sicherheitsstrukturen, einschließlich der OSZE, entsprechen den Zielsetzungen der Regierung von Tadschikistan und stehen

im Einklang mit nationalen Interessen und dem politischen Kurs unter der Führung des tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon.

Tadschikistan weiß die Rolle der OSZE als wichtiger regionaler Mechanismus zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität sehr zu schätzen. Die Republik Tadschikistan unterzeichnete die *Schlussakte von Helsinki* im Februar 1992, ein Jahr später wurde die OSZE-Mission in Tadschikistan (nunmehr das Büro in Tadschikistan) in Duschanbe eröffnet. Der Wunsch Tadschikistans nach dem Beitritt zur OSZE entstand aus dem Bedürfnis, ihr Expertenwissen und ihre Kompetenz für die Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, für die Umsetzung demokratischer Reformen und die Entwicklung einer säkularen

demokratischen Gesellschaft auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Prinzipien einzusetzen.

Wir unterstützen die Agenda des litauischen Vorsitzes der OSZE für 2011 und wollen gemeinsam mit unseren Partnern dazu beitragen, unsere Region zu einem sichereren und stabileren Teil der Welt zu machen.

Im Zeitalter der Globalisierung ist unsere moderne Welt von untrennbar miteinander verbundenen nationalen Entwicklungsprozessen charakterisiert. Nur durch zunehmende Verflechtung und politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE können wir erreichen, dass es uns allen gut geht. Unsere Organisation, in der wir alle gleichberechtigte Partner mit den gleichen Verpflichtungen sind, ist diesem Ziel verpflichtet.

Wenn es um die Gestaltung der Sicherheitsarchitektur im OSZE-Raum geht, dürfen wir nicht übersehen, dass Zentralasien schon vor langer Zeit fester Bestandteil des gemeinsamen OSZE-Raums wurde. Zentralasien gewinnt für die OSZE an Bedeutung. Die aktuellen Herausforderungen und Risiken in der zentralasiatischen Region betreffen zunehmend den gesamten OSZE-Raum. Die weltweite Stabilität hängt weitgehend davon ab, wie sich die Lage in Zentralasien in Zukunft entwickeln wird.

Um den heutigen Bedrohungen der modernen Welt, insbesondere durch Terrorismus, gewalttätigen Extremismus, Radikalismus, Drogenhandel und grenzüberschreitende Kriminalität zu begegnen, müssen wir enger denn je zusammenarbeiten und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen unseren Ländern stärken, damit die zukünftigen Generationen in dieser Region ein sicheres und glückliches Leben im Wohlstand führen können. Um mit diesen Bedrohungen fertig zu werden, müssen wir ihre eigentlichen Ursachen beseitigen, das heißt Armut, fehlende Chancengleichheit und die Behinderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Tadschikistan entwickelt sich immer mehr zu einem überzeugten und aktiven Befürworter einer regionalen Zusammenarbeit und Integration in Zentralasien. Wir sind am Ausbau und an der Stärkung guter nachbarlicher Beziehungen mit allen befreundeten Ländern und einer für alle vorteilhaften Zusammenarbeit interessiert, zumal es ohne dieses fruchtbare Zusammenwirken keine Aussicht auf Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum, insbesondere in Zentralasien, geben kann.

Einer der drei Tätigkeitsbereiche der OSZE ist die Wirtschafts- und Umweltdimension. Die Zukunft der Organisation in diesem Bereich hängt weitgehend von der Fähigkeit der Organisation ab, die tatsächlichen Interessen ihrer Teilnehmerstaaten zu berücksichtigen. Es sollte die Aufgabe der OSZE in den kommenden Jahren sein, in einem anhaltend konstruktiven und offenen Dialog ganzheitliche Lösungen der Wasser-, Energie- und Umweltprobleme in Zentralasien zu fördern.

Die geografische Lage Tadschikistans an einer strategischen Kreuzung von Verkehrs- und Handelswegen eröffnet gute Chancen für enge Wirtschaftsbeziehungen mit europäischen Ländern. Unser Land verfügt über ein enormes Potenzial für handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, insbesondere in Bereichen wie Wasserkraft, Anlagenbau, Bergbau, Verkehr, Landwirtschaft und Fremdenverkehr.

Der freie Personen-, Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr und das reibungslose Funktionieren der bestehenden Verkehrswege in der OSZE-Region sind die Ausgangsbasis für

die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Interaktion der Teilnehmerstaaten. Die Unterstützung der OSZE bei der Schaffung von Transportkorridoren zwischen Zentralasien mit Afghanistan und bei der Vereinfachung der Verfahren für den grenzüberschreitenden Handel wird die wirtschaftliche Entwicklung unserer Länder beschleunigen.

Wir sind uns zunehmend dessen bewusst, dass die Situation in Afghanistan, einem OSZE-Kooperationspartner, untrennbar mit der Sicherheit in Zentralasien und dem gesamten OSZE-Raum verbunden ist. Als Staat, der die südlichen Außengrenzen des OSZE-Raums und Zentralasiens bewacht, steht Tadschikistan vor der großen Herausforderung der ganzen Bandbreite an von Afghanistan ausgehenden Bedrohungen. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass ein wirksames Vorgehen gegen diese Bedrohungen nur durch unsere konzertierten gemeinsamen Bemühungen und unter Einbeziehung des afghanischen Volkes möglich ist.

Im Jahr 2009 begannen wir gemeinsam mit der OSZE mit dem Aufbau der Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe, die für Polizeibeamte aus Zentralasien und dem gesamten OSZE-Raum sowie auch aus Afghanistan Aus- und Fortbildung und berufliche Weiterbildung anbietet. Schon bald nach ihrer Eröffnung hat sich diese OSZE-Struktur als wichtig und wirkungsvoll für die Verbesserung der Sicherheit an der Grenze zu Afghanistan erwiesen. Wir ersuchen die OSZE-Teilnehmerstaaten dringend, diese erfolgreiche Institution weiter zu fördern und der Regierung von Tadschikistan weiterhin praktische Unterstützung bei der Verstärkung der Grenzen zu Afghanistan zu leisten.

Tadschikistan ist stets für eine ausgewogene Entwicklung aller drei OSZE-Dimensionen, die Verbesserung der Wirksamkeit der OSZE und ihre Einrichtung als vollwertige, mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausgestattete internationale Organisation eingetreten. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, die Organisation weiter umzugestalten und die OSZE-Charta zu beschließen, die ihre Arbeit im Einklang mit völkerrechtlich anerkannten Verfahren regeln würde.

Die Regierung Tadschikistans misst der weiteren Stärkung der Demokratisierung, der Zivilgesellschaft, der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich Religionsfreiheit, Glaubensfreiheit und freie Meinungsäußerung, besondere Bedeutung bei. Als junges demokratisches Land bemühen wir uns um aktive Einbindung der Öffentlichkeit, Förderung der Meinungsvielfalt und Erfüllung unserer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension. Die offiziellen Aktivitäten der einzigen islamisch ausgerichteten Partei im post-sowjetischen Raum, der Islamischen Partei der Wiedergeburt Tadschikistans, beweist, wie sehr sich unser Staat der Umsetzung der Ziele der Organisation verpflichtet fühlt.

Wir sind bestrebt, unsere wirkungsvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit der OSZE weiter auszubauen. Tadschikistan wird seinen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen, mit denen die OSZE konfrontiert ist, leisten.

Hamrochon Sarifi ist Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Tadschikistan.

Die in dem Artikel vertretenen Ansichten geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder und dürfen nicht als offizieller Standpunkt der OSZE aufgefasst werden.

Kirgisistan, 7. bis 9. April 2011

Ankunft in Bischkek am Jahrestag des Aufstandes, der letztes Jahr zu dem revolutionären Regierungswechsel geführt hatte. Am Bildschirm in der Ankunftshalle des internationalen Flughafens Manas gedenkt Präsidentin Rosa Otunbajewa feierlich der Landsleute, die ihr Leben geopfert haben. Seit damals befindet sich das Land im Umbruch – auf dem hindernisreichen Weg zur parlamentarischen Demokratie, auf dem nichts sicher ist – verheerende ethnische Gewalt im Süden, doch ein erfolgreiches Verfassungsreferendum, Parlamentswahlen und in Kürze die Wahl eines neuen Präsidenten. Am späten Abend findet ein Feuerwerk am zentralen Ala-Too-Platz statt. „Ist es ein Tag der Trauer? Ein Tag der Freudenfeiern?“, fragen wir einen Passanten. Jedenfalls ist es ein Moment des Gedenkens.



Die Präsidentin Kirgisistans, Rosa Otunbajewa (rechts), die portugiesische Botschafterin Ana Martinho (links) und der litauische Botschafter Renatas Norkus (links oben).

Die Unterstützung des OSZE-Zentrums in Bischkek verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele, erklärt uns der Leiter des Zentrums, Botschafter Andrew Tesoriere: Stabilisierung und Demokratisierung. Zu den Stabilisierungsmaßnahmen zählen Netze örtlicher Mediatoren im Süden, aber auch im Norden des Landes, ein Frühwarnmechanismus nahe der Grenzübergänge im Süden sowie Hilfe bei der Ausarbeitung eines Rahmen-dokuments für den Umgang mit ethnischer Vielfalt, letzteres in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten. Unterstützung für die Parlamentsausschüsse und Förderung eines unabhängigen Justizsystems, transparente Strafverfolgung und öffentlicher Rundfunk sind Beispiele für Aktivitäten im Interesse der Demokratisierung, über die uns Mitglieder des Zentrums berichten.

Treffen mit der Präsidentin

„Ich habe einen Traum. Eines Tages wird Ruhe herrschen, und wir werden unser Regierungssystem gefunden haben.“ In der offenen und eingehenden Diskussion mit Präsidentin Rosa Otunbajewa kommen zahllose Probleme zur Sprache. Sie bekennt sich nach wie vor fest zur parlamentarischen Demokratie. So sieht es aus, wenn man ein noch nicht in sich gefestigtes Land durch unbekannte Gewässer steuert: Die Sorgen werden immer größer und dringender. Das ist auch später an diesem Tag und auch noch am nächsten in den Diskussionen mit dem Parlamentspräsidenten, dem Innenminister, Vertretern der politischen Parteien, der Regierung und leitenden Beamten der Strafverfolgungsbehörden in Osch spürbar. – Ja, wir brauchen einen freien Personen- und Warenverkehr, doch wie können wir uns bei geöffneten Pässen vor Drogen, Waffen, Extremisten schützen? – Dieses Frühjahr ist für uns voller Herausforderungen.

Besuch im Ausbildungszentrum für Zollbeamte

Die Einführung zum OSZE-Ausbildungsprojekt für Zollbeamte in Bischkek findet im staatlichen Schulungszentrum für den Zolldienst statt: Das OSZE-Projektteam arbeitet hier seit September 2009 Seite an Seite mit kirgisischen Beamten und Ausbildnern.

Ein wichtiger Teil des Projekts ist die Ausbildung afghanischer Zollbeamter in Bischkek in Form eines fünfwöchigen Grundkurses über die Bekämpfung von Schmuggel, die Einhebung von Gebühren und umfangreichere Fragen wie etwa die Bekämpfung von Korruption. Von Juni 2010 bis Mai 2011 wurden 65 Beamte ausgebildet. Die Kurse werden von afghanischen und kirgisischen Ausbildnern abgehalten. Wenn das Projekt Ende Dezember 2011 endet, wird das Ausbildungszentrum des staatlichen Zolldienstes Kirgisistans selbstständig arbeiten können, und die drei afghanischen Zollausbildner werden in der Lage sein, den vollständigen Grundkurs in Kabul abzuhalten.

Die Akademie von Bischkek, Diskussionen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Studenten

Der Weg zu einer freien, die Menschenrechte achtenden Gesellschaft ist lang. Die Berichte von Vertretern der Zivilgesellschaft bei einem Treffen in der OSZE-Akademie von Bischkek rauben einem diesbezüglich jede Illusion. In weiteren Gesprächen tauschen die Studenten der Akademie ihre Gedanken aus: über die Rolle Afghanistans als Kooperationspartner, über den Wert der OSZE-Feldoperationen, über die Wichtigkeit, immer wieder auf die Bedeutung der gegenseitigen Abhängigkeit der Teilnehmerstaaten beim Aufbau von Sicherheit hinzuweisen. Werden diese Studenten in den auswärtigen Dienst ihres Landes eintreten oder eine internationale Karriere machen? Die OSZE-Akademie wurde 2002 gegründet und bietet ein einjähriges Master-of-Arts-Programm in Politischen Wissenschaften.

Besuch in Osch

Auf dem Weg vom Flughafen Osch in die Stadt erinnert so manches an die Ausschreitungen im letzten Jahr, doch heute herrscht auf den Straßen geschäftiges Treiben. Bei Zusammenreffen mit den Leitern der Strafverfolgungsbehörden und der Provinzregierung, mit religiösen Führern und nichtstaatlichen Organisationen vernehmen wir dieselbe Botschaft des persönlichen Engagements: Die Katastrophe darf sich keinesfalls wiederholen.

Die Außenstelle in Osch vermittelt ein Gespräch am Runden Tisch mit der Staatlichen Kommission für religiöse Angelegenheiten. Führende Geistliche verschiedener islamischer und christlicher Konfessionen, unter ihnen auch Frauen, nennen Beispiele, wie Religion nach einem Konflikt ein verbindender Faktor sein kann und wie durch religiöse Erziehung das gegenseitige Verständnis gefördert und Streit verhindert werden kann.

Teilnehmer an den mobilen Konfliktmediationsprojekten aus den Provinzen Osch und Jalal-Abad erzählen von ihrer mutigen Arbeit während der Krise des letzten Jahres und von ihrem Engagement in einem OSZE-Projekt zur Ausbildung und Vernetzung von Mediatoren, die mit den staatlichen Einrichtungen zusammenarbeiten werden.

Suleiman-Too

Am Polizeiposten bei Suleiman-Too – der Berg Suleiman – treffen wir mit Beamten der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) zusammen. Markus Müller, der Leiter der Initiative, beschreibt die Aufgabe der Beamten, die ihre kirgisischen Kollegen im Umgang mit der Sicherheitssituation nach dem Konflikt unterstützen sollen.

Der Besuch in Osch endet auf dem Berg Suleiman. Von diesem historischen Ort, der von Tausenden Jahren menschlicher Kultur, Tatkraft und Kunstfertigkeit zeugt, sieht man hinunter auf die ins Abendlicht getauchte Stadt.

Die in den vergangenen sechs Tagen gewonnenen Einblicke in die Herausforderungen waren bereichernd und oft desillusionierend. Die Probleme sind systemisch und die Bedrohungen allzu nahe. Nun heißt es, etwas Abstand zu gewinnen und die nächsten Schritte in der Zusammenarbeit der OSZE mit ihren Teilnehmerstaaten Tadschikistan und Kirgisistan zu planen.



Die Ereignisse in der Republik Kirgisistan und die Zusammenarbeit mit der OSZE im Jahr 2010

von Ruslan Kasakbajew



Die Ereignisse des Jahres 2010 waren ein wichtiger Test für die Beständigkeit der Staatlichkeit und Integrität der Republik Kirgisistan. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der ehemaligen Regierung des Landes führte zu einer Zunahme von Spannungen in der Gesellschaft, die mit den großen Protestkundgebungen im April 2010 ihren Höhepunkt erreichten. Die Ereignisse vom 6. und 7. April 2010 führten zum Rücktritt des früheren Präsidenten, Kurmanbek Bakijew.

Angesichts der sich verschlimmernden sozio-ökonomischen Lage des Landes konnte das kirgisische Volk nicht länger hinnehmen, dass die Mitglieder der Präsidentenfamilie und ihre nahestehenden Kreise die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen konzentrierten und eine irrationale Außenpolitik verfolgten. In der kirgisischen Öffentlichkeit war zunehmend von eklatanten Verletzungen der Menschenrechte die Rede.

Die meisten Oppositionsführer befanden sich bei Beginn der Unruhen im April 2010 in Haft. Andere waren zum Untertauchen gezwungen gewesen. Die Erwartungen des Volkes, die Behörden würden einen Ausweg aus der politischen Krise finden, wurden nicht erfüllt. Stattdessen wandte die Regierung bei der Lösung der Krise Gewalt an, indem sie auf die friedliche Bevölkerung schießen ließ. Die Proteststimmung in der Gesellschaft war jedoch letzten Endes für die weitere Entwicklung der Dinge ausschlaggebend.

In nur zwei Tagen – am 6. und 7. April – kamen 87 Bürger ums Leben. Präsident Bakijew musste die Hauptstadt verlassen und flüchtete in das Dorf Tejit in der kirgisischen Provinz Jalal-Abad. Zur selben Zeit übernahmen die freigelassenen Oppositionsführer die Verantwortung für die Lösung der politischen Krise im Land und bildeten eine Übergangsregierung.

Angesichts einer extrem unsicheren Situation akzeptierte die Übergangsregierung den äußerst wichtigen und sinnvollen Vorschlag von Präsident Nursultan Nasarbajew, dem Staatschef des Landes, das zu dem Zeitpunkt den OSZE-Vorsitz führte, Präsident Bakijew außer Landes zu bringen, um eine weitere Eskalation der politischen Spannungen zu verhindern. Das Handeln des Führers der kasachischen Nation, die seit Langem mit dem kirgisischen Volk durch brüderliche Beziehungen verbunden ist, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie allseits bekannt, wurde diese Entscheidung von Kasachstan, Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage gemeinsamer Beratungen mit der Übergangsregierung getroffen.

Zu unserem größten Bedauern waren die Ereignisse vom April aber nicht die letzten des vergangenen Jahres. Im Juni 2010 wurde in der Stadt Osch und in verschiedenen Teilen der Provinz Jalal-Abad ein Konflikt zwischen zwei auf demselben Land nebeneinander lebenden Brudervölkern ein Konflikt heraufbeschworen. Trotz der allgemeinen Instabilität gelang es der provisorischen Regierung, ohne Hilfe von außen den Krisenherd einzugrenzen, der sich jederzeit wieder ausbreiten könnte.

In diesem Zusammenhang möchten wir erneut dem Präsidenten von Usbekistan, Islam Karimov, unsere tiefe Dankbarkeit für seine ausgewogene Einschätzung der Ereignisse im Juni ausdrücken. Wir sind davon überzeugt, dass wir dank dieser Entscheidungen mit Bestimmtheit sagen können, dass unsere Völker durch unauflösliche Bande miteinander verbunden sind.

Sorge bereitet uns, dass auf Ersuchen der Übergangsregierung um Hilfe bei der Lösung des Konflikts keine rechtzeitige Reaktion seitens der internationalen Gemeinschaft erfolgte.

In diesem Zusammenhang war der erste praktische Schritt ein Beschluss des Ständigen Rates der OSZE, eine OSZE-Polizeiberatergruppe in die Republik Kirgisistan zu entsenden. Dieser Beschluss wurde verabschiedet, als die aktive Phase des Konflikts bereits zu Ende ging. Dennoch waren wir der OSZE für die Verabschiedung dieses Beschlusses dankbar und arbeiteten sogleich an seiner Umsetzung.

Gleichzeitig hat die Erfahrung der OSZE in der Republik Kirgisistan gezeigt – und das haben auch zahlreiche Redner beim OSZE-Gipfeltreffen in Astana, wie der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, festgestellt –, dass die Organisation an der Verbesserung ihrer Beschlussfassungsmechanismen in Konfliktsituationen arbeiten muss und nicht nur bestrebt sein sollte, Konflikte zu verhindern, sondern auch bestehende Konflikte zu lösen.

Der Gedanke an die bevorstehende Ankunft der OSZE-Polizeiberatergruppe stieß in einigen Teilen der kirgisischen Öffentlichkeit auf Widerstand. Deshalb wurden das ursprüngliche Mandat und die Struktur der Mission überarbeitet. Wir begrüßten den Beschluss des Ständigen Rates der OSZE, die Polizeiberatergruppe in eine Initiative für kommunale Sicherheit umzuwandeln.

Der eher langwierige Prozess der Suche nach einem geeigneten Ansatz ermöglichte es, ein neues Format zu finden und den Interessen aller Parteien zu entsprechen. Wir danken allen Ländern, die diesen Beschluss unterstützt haben. Wie vom Gastland erwartet, bewies die Organisation bei der Durchführung ihrer Arbeit Flexibilität und Geschick.

Lassen Sie mich nochmals festhalten, dass das Jahr 2010 für die Republik Kirgisistan ein Jahr dramatischer Änderungen und schwieriger Prüfungen für die Bestandsfähigkeit seiner Einheit war.

Dennoch haben wir trotz der enormen Schwierigkeiten, die wir bewältigen mussten, bewiesen, dass wir den richtigen Weg gewählt haben, nämlich den Weg der Freiheit und der Demokratie. Im Juni 2010, zwei Wochen nach dem Konflikt, fand ein Verfassungsreferendum statt, dessen Abhaltung von der internationalen Gemeinschaft und auch vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE positiv beurteilt wurde. Im Oktober 2010 wurden erstmals freie Wahlen in der Republik Kirgisistan abgehalten, durch die der Prozess der Legitimierung der Regierungsbehörden im Land abgeschlossen wurde. Auch diese Wahlen wurden von internationalen Organisationen, in erster Linie von der OSZE, und von anderen Ländern, die ihre eigenen Beobachter geschickt hatten, hoch gelobt.

Wir sind zu Recht auf diese Erfolge stolz. Wir erkennen aber auch, dass Wahlen allein keine Demokratie ausmachen. Demokratie bedeutet ständige Entwicklung und harte Arbeit, und ihrer Errungenschaften müssen ständig durch neue Fortschritte untermauert werden. Demokratie ist ohne Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung unmöglich, genauso wie es für ein Land unmöglich ist, sich zu entwickeln, wenn es nicht gleichzeitig seine demokratischen Institutionen stärkt.

Deshalb engagieren wir uns für die Förderung der aktiven politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Deshalb wollen wir neue Bemühungen im Bereich des Parlamentarismus in Zentralasien unterstützen und glauben, dass der Erfolg der parlamentarischen Regierungsform weitgehend von der Zusammenarbeit der Republik Kirgisistan mit der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten abhängen wird.

Wir halten die OSZE für eine einzigartige Organisation, die der Republik Kirgisistan konkrete Unterstützung auf diesem neuen, von seinem Volk gewählten und von der Weltgemeinschaft anerkannten Weg geben kann.

Ruslan Kasakbajew ist Außenminister der Republik Kirgisistan.

Die in dem Artikel vertretenen Ansichten geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder und sind nicht als offizieller Standpunkt der OSZE aufzufassen.

Auf Posten wo die Welt beginnt und endet

von Rodolphe Oberle



OSZEPRODOLPHE OBERLE



Oben: Der Kulma-Pass an der tadschikisch-chinesischen Grenze, der einzige Grenzübergang zwischen den beiden Ländern . Unten: Tojiniso Aydimachmadowa, Oberstleutnantin im Zolldienst der Republik Tadschikistan

„Murgab mit seinen fast das ganze Jahr hindurch schneebedeckten Hügeln, wo der Wind heult, wo es heftige Schneestürme und Unwetter gibt, ringsumher alles grau und verlassen ist ...“ So beschreibt Tojiniso Aydimachmadowa, Oberstleutnantin im Zolldienst der Republik Tadschikistan, die extreme Abgeschiedenheit dieser entlegenen Gegend, wo Tadschikistan, China und Afghanistan aneinandergrenzen. In der kleinen Stadt Murgab im Pamir-Gebirge befindet sich die Grenzkontrollstelle für Personen, die ins Land einreisen.

Hier, wo sich die Straßen aus Kirgisistan in Richtung Norden und die aus China Richtung Osten kreuzen, hat die OSZE nach einem Ersuchen der tadschikischen Regierung um Hilfe bei der Eindämmung der ins Land gelangenden Schmuggelware einen modernen Zollterminal geplant und errichtet. In den Vororten der Stadt, wo früher Yaks grasten, wurde ein drei Hektar großes Gebiet eingezäunt; darauf wurden drei Container für Büros und technische Ausrüstung sowie ein Wasserturm gebaut. Die Errichtung des Zollterminals wurde von der japanischen Regierung subventioniert. Er ist auch mit modernster Ausrüstung für den Nachweis von bei der Herstellung von Heroin verwendeten Vorläuferstoffen ausgestattet.

Aydimachmadowa war dabei, als im Juli im Zuge einer Feier in Murgab der Grundstein für den Zollterminal gelegt wurde. Sie hatte soeben einen einwöchigen, von der OSZE veranstalteten Kurs für Zollbeamte über Risikomanagement und Such- und Auffindungsmethoden absolviert. Die OSZE führte auch für rund 100 tadschikische Beamte und etwa 20 afghanische Zollbeamte ähnliche Ausbildungskurse in Chorog und Duschanbe durch.

Die meiste Zeit des Jahres verbringt sie jedoch an

einem noch höher und isolierter gelegenen Ort, dem Grenzübergang zu China am Kulma-Pass auf 4365 Metern Seehöhe. Von der Hochebene aus, auf der sich das Zollgebäude von Murgab befindet, kann man in rund 80 Kilometern Entfernung hinter dem Gebirgskamm der tadschikisch-chinesischen Grenze den schneebedeckten Gipfel des 7546 Meter hohen Mustag-Ata ausmachen.

„Hier habe ich viele Jahre und lange Dienstnächte zugebracht“, erinnert sich Aydimachmadowa im Gespräch mit den OSZE-Beamten. Bevor sie 1993 in den Zolldienst von Tadschikistan eintrat, war sie Lehrerin in Murgab. Der Grenzübergang am Kulma-Pass war nur sechs Monate im Jahr geöffnet. Viele Jahre hindurch war Tojiniso in diesen Monaten dort als Oberzollinspektorin tätig. „Die Temperaturen fallen hier oft auf minus 50 Grad Celsius“, erzählt sie. „Meine männlichen Kollegen und ich wechselten uns für gewöhnlich in zweiwöchigen Schichten ab. Die langen Nächte verbrachten wir damit, uns an ausgedienten, in alten Zisternen aufgestellten Koksöfen aufzuwärmen.“

Als Beitrag zum Murgab-Projekt stellte die OSZE Ausstattung für die Grenzübertretstellen am Kulma-Pass und auch am Kyzyl-Art-Pass an der kirgisischen Grenze am Pamir-Highway nach Osch zur Verfügung. Dazu gehören auch Begleitfahrzeuge für die Lastkraftwagen, die über die Grenze nach Murgab kommen. Mit diesen Autos werden auch die Zollbeamten in das relativ komfortable Murgab gebracht, wo sie kurze Erholungspausen mit ihren Familien verbringen, bevor sie wieder an ihre einsamen Einsatzorte im Gebirge, an diese entlegenen Tore am Dach der Welt, zurückkehren.

Rodolphe Oberle ist Berater für Grenzmanagement im OSZE-Büro in Tadschikistan in Duschanbe.

Die OSZE fördert Zugriff auf INTERPOL-Datenbanken

von Christopher Hornek

In der vernetzten Welt von heute errichten Grenzübergänge nicht mehr in erster Linie Barrieren zwischen den Ländern, sondern sind Orte der Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der Erhebung von für die Strafverfolgung relevanten Informationen.

Die von der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) entwickelten Datenbanken ermöglichen es Grenzbeamten, im Zuge routinemäßig durchgeführter Reisepass- und Fahrzeugkontrollen zu überprüfen, ob es sich um gestohlene oder verloren gegangene Reisedokumente, polizeilich gesuchte Personen oder gestohlene Kraftfahrzeuge handelt. Dank der *Fixed Interpol Network Database* (FIND), die einheitlichen Zugriff auf verschiedene einschlägige Datenbanken bietet, benötigt diese Überprüfung nur ein paar Sekunden. „Sichere, moderne und effiziente Grenzkontrollen sind ein wesentliches Hilfsmittel für die Erhöhung der Grenzsicherheit und bringen gleichzeitig Erleichterungen für die Reisenden“, erklärt der Leiter der Gruppe Terrorismusbekämpfung des OSZE-Sekretariats, Raphael Perl.

Die OSZE fördert die Nutzung der INTERPOL-Datenbanken seit 2004, als der Ministerrat beschloss, dass „die Teilnehmerstaaten alle Fälle verlorener oder gestohlener internationaler Reisedokumente rasch an das automatisierte Fahndungssystem von INTERPOL melden“ (Ministerratsbeschluss 4/04). Im Jahr 2006 beschlossen die Teilnehmerstaaten, „sich nach Kräften darum zu bemühen, Benutzern der Exekutivorgane einen integrierten Echtzeitzugang zur INTERPOL-Datenbank zur Verfügung zu stellen“ (Ministerratsbeschluss 6/06). In diesem Beschluss wird ferner der Generalsekretär beauftragt, den Teilnehmerstaaten in diesem Bereich erforderlichenfalls Hilfestellung zu leisten.

Im April 2010 schlossen die OSZE und INTERPOL ein gemeinsames Projekt in Moldau ab, bei dem an 16 Grenzübertrittsstellen – an den Grenzen zu Rumänien und der Ukraine und in den internationalen Flughäfen von Chişinău und Iaşi – sowie in 11 Polizeirevieren ein Echtzeitzugriff auf die INTERPOL-Datenbanken eingerichtet wurde. Die Polizeireviere befinden sich an der Grenze zu Transnistrien. Hier führen die Polizeibeamten nun anstelle von systematischen Überprüfungen der Reisenden Second-line-Ermittlungen in den Datenbanken durch.

Die OSZE stellte über 201.000 EUR für Reisepass-Scanner, Computer, Softwareentwicklung und Webdienste zur Verfügung. Zu Projektabschluss führten die OSZE und INTERPOL für über 30 moldauische Grenz-, Zoll- und Polizeibeamte Schulungen für den Einsatz der Ausrüstung für den Datenbankzugriff durch.

Aus der Statistik geht hervor, dass die moldauischen Behörden die INTERPOL-Datenbanken auf beeindruckende Weise systematisch und regelmäßig nutzen. Moldau hat auch damit begonnen, selbst verloren gegangene oder gestohlene



Reisedokumente INTERPOL zu melden, was es den Grenzbeamten in der ganzen Welt erlaubt, diese Dokumente als möglicherweise von Kriminellen illegal verwendete Dokumente auszuweisen.

Aufbauend auf dem Erfolg des Projekts in Moldau hat die OSZE erste Schritte unternommen, um Echtzeitzugriff zu INTERPOL-Datenbanken auch an Grenzübertrittsstellen in Tadschikistan und Kirgisistan herzustellen. Im Zuge einer Erkundungsmission nach Tadschikistan im Oktober 2010 besuchten OSZE-Experten und Vertreter von INTERPOL sowie der norwegischen Polizei die Flughäfen in Duschanbe, Chudschand, Kuljab und Kurgan-Tjube sowie eine Reihe von Grenzübertrittsstellen, eine zwischen Tadschikistan und Afghanistan, zwei an der Grenze zu Usbekistan und drei an Bahnlinien aus Usbekistan. Sie überprüften die technische Infrastruktur, einschließlich des Zugangs zum Stromnetz und Internetquellen, und erörterten mit den tadschikischen Behörden die Möglichkeit, an diesen Stellen einen Echtzeitzugriff zu den INTERPOL-Datenbanken einzurichten.

Christopher Hornek ist Beigeordneter Programmreferent der Gruppe Terrorismusbekämpfung des OSZE-Sekretariats, wo er Projekte zur Sicherheit von Reisedokumenten leitet.

Eine rote Markierung in der Interpol-Datenbank macht Grenzbeamte auf ein verlorenes oder gestohlenen Reisedokument aufmerksam.

Mutige Stimmen inmitten des Kampfesgeschehens: Mediatoren in Südkirgisistan

von Machamadschan Chamidow



Die Mediatorin Abdullaewa Zahida (zweite von links) im Gespräch mit Bewohnern der Ortschaft Teschik Tasch rund zwanzig Kilometer westlich von Jalal-Abad, die ebenfalls von den gewalttätigen Juni-Ausschreitungen betroffen war, als Vermittlerin in einem Streit um die Verteilung von humanitärer Hilfe. IRET

In dem Jahr nach der interethnischen Gewalt, die den Süden Kirgisistans im letzten Sommer erschütterte, haben sich staatliche Behörden, internationale Organisationen und die Zivilgesellschaft die Frage gestellt: Wie kann verhindert werden, dass sich eine solche Katastrophe wiederholt? Eine Antwort darauf gibt ein Rückblick auf die Ereignisse am Höhepunkt des Konflikts. Vor, während und nach den gewalttätigen Ausschreitungen waren kleine Teams von Mediatoren unermüdlich am Werk, um die Menschen zu beruhigen, gefährliche Gerüchte zu zerstreuen, angespannte Situationen zu entschärfen und mit Körpereinsatz zu verhindern, dass sich weitere aufgebrachte Menschen an den Ausschreitungen beteiligen. Manchmal war es natürlich nicht möglich, den Randalierern, Plünderern und mordlustigen Horden Einhalt zu gebieten. Aber nun werden viele Beispiele bekannt, in denen diese mutigen Männer und Frauen das Schlimmste verhindern konnten – eine außerordentliche Leistung, die angesichts der Passivität der örtlichen Polizei während der gewalttätigen Ausschreitungen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die sogenannte „öffentliche Diplomatie“ ist in den zentralasiatischen Ländern nichts Neues. Jahrhunderte lang haben hoch geachtete Gemeinschaftsälteste Nachbarschaftskonflikte, Ehekrisen oder Streitigkeiten um Land oder Wasser beigelegt. Vor einigen Jahren hat die in Osch angesiedelte Nichtregierungsorganisation IRET diese Tradition wieder aufleben lassen und damit begonnen, in südkirgisischen Gemeinden Teams mit örtlichen Mediatoren zusammenzustellen.

Das erste Mediatorenteam wurde 2007 in Uzgen eingesetzt, einer Stadt, die beim letzten Ausbruch von Gewalt zwischen den Volksgruppen in der Region vor knapp 20 Jahren, als die Sowjetunion zerfiel, die schlimmsten Gräueltaten erlebt hatte. Der Stadtrat von Uzgen bemühte sich um eine Lösung für die immer wieder aufflammenden Kämpfe zwischen usbekischen und kirgisischen Jugendlichen. IRET reagierte mit einem Projekt, das ein Netz sogenannter öffentlicher Diplomaten einrichtete – geachtete, aufgeschlossene und aktive Männer und Frauen aller Altersgruppen und Gesellschaftsschichten, die mit den verfeindeten Parteien sprechen konnten und für Ruhe und Verständnis

sorgten. Die OSZE-Außenstelle in Osch unterstützte das Projekt, indem sie eine unparteiische Plattform sowie Geldmittel für Aktivitäten bereitstellte, die damals nicht öffentlich subventioniert wurden. Sie beriet auch die örtlichen Partner bei der Einrichtung einer Partnerschaftsstruktur zwischen den örtlichen Behörden und den Mitgliedern der örtlichen Volksgruppen.

„Als sich letztes Jahr abzeichnete, dass es zu massiven ethnischen Zusammenstößen kommen würde, beschloss unsere Stadt, eine Wiederholung des Terrors von 1990 nicht zuzulassen“, erzählt der Mediator Avazbek Tursunbajew. Er und seine Kollegen verhandelten auf ihrem Weg nach Osch mit den verschiedenen Gruppen, riefen zu Frieden auf und appellierten an die Vernunft. Sie arbeiteten mit den Bewohnern der Stadt und hielten engen Kontakt mit den kirgisischen Ortschaften in der Umgebung. Schließlich gelang es ihnen, die Jugendlichen beider Volksgruppen davon zu überzeugen, die Gerüchte zu ignorieren; so konnte der Frieden in der Stadt Uzgen und im Bezirk Uzgen bewahrt werden.

ENTSCHÄRFUNG DER SPANNUNGEN IN JALAL-ABAD

In der Provinz Jalal-Abad, in der in den Wochen vor den Ereignissen vom Juni eine ganz besonders angespannte Situation herrschte, haben die Mediatorengruppen laut Aussage der örtlichen Behörden dazu beigetragen, dass der Konflikt nicht wie in Osch katastrophale Ausmaße annahm. Diese Gruppen wurden 2009 von IRET eingerichtet und auch von der OSZE unterstützt.

„Schon im April war zu spüren, dass sich etwas zusammenbraute; es lag extreme Spannung in der Luft“, erinnern sich Kladar Azhykulow und Schabdanbek Ermatow, zwei Mediatoren in und um die Ortschaft Atabek im Bezirk Suzak, westlich der Stadt Jalal-Abad. „Im Mai trafen wir Mediatoren der fünf Kleinstädte des Bezirks zusammen, um die Lage zu besprechen und einen Aktionsplan zu entwickeln. Wir gründeten ein enges Kommunikationsnetz und tauschten unsere Büro- und Mobiltelefonnummern und Anschriften aus.“ Diese Bemühungen wurden aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben des OSZE-Zentrums in Bischkek finanziert, der Ende April 2010 vom Ständigen Rat genehmigt worden war.

„Dadurch konnte Panik weitgehend verhindert werden“, meint Erkin Sultanow, ein Mediator aus der Ortschaft Taschbulak. „Als sich zum Beispiel in unserem Dorf das Gerücht verbreitete, dass Reiter aus den Bergen herunterkämen, rief ich meinen Mediatorkollegen an. Er sagte mir, es gebe keine Reiter, und ich konnte die Menschen wieder beruhigen.“

Bei anderer Gelegenheit brannten einige Tausend, von Gerüchten aufgestachelte kirgisische Jugendliche darauf, nach Suzak, der vorwiegend von ethnischen Usbeken bewohnten Bezirkshauptstadt, zu stürmen. Hätte die bewaffnete Menge ihrem Unmut auf den Straßen Suzaks Luft gemacht, wäre es zur Katastrophe gekommen. Die Mediatoren konnten die aufgebrauchten Jugendlichen von ihrem Vorhaben abbringen.

„Dass es uns in unserer Provinz gelang, größeres Blutvergießen zu verhindern, gab uns die Chance, schneller in die Phase der Aussöhnung überzugehen“, erklärt Akmal Mamadaliew, ein junger Mediator aus der Stadt Jalal-Abad. In den dunklen Tagen der Gewalt rettete Akmal eigenhändig mehrere Frauen und Kinder, deren Leben in Gefahr war und deren Tod weitere Gewalt ausgelöst hätte. Später konnte er die Usbeken aus dem Ort Suzak überreden, die von ihnen auf den Straßen errichteten Barrikaden gegen mögliche Angreifer wieder zu entfernen.

AUGENBLICKE DER GEFAHR IN OSCH

In der Stadt Osch, dem Epizentrum der interethnischen Gewalt im Juni, erfüllten die Mediatorengruppen in den offiziellen Öffentlichen Präventionszentren ihre Aufgabe unter äußerst schwierigen Bedingungen. Schon allein das Verlassen des Hauses, hinaus auf die Straßen mit ihren unkontrollierten Menschenmassen und kriminellen Gruppen aus der ganzen Region, war gefährlich.

„Dennoch gingen wir auf die Leute zu und versuchten, sie von unüberlegten Handlungen abzuhalten“, erzählt Rasima Osmonbekowa aus dem Bezirk Manas-Ata in Osch. „Einige Tage, nachdem die Kämpfe vorüber waren, stellten wir eine Gruppe geachteter Persönlichkeiten zusammen und fuhren in zwei Bussen in den benachbarten Wohnbezirk, wo wir den Menschen begreiflich machten, dass es nichts Schlimmeres als Feindschaft gibt und dass wir alle auf diesem Stück Erde leben müssen.“

AUSBAU DES NETZES

Für die Mediatoren in Südkirgisistan waren die Lehren aus den Juni-Ereignissen trotz der hier berichteten Erfolge bitter. Ihre Anstrengungen waren beeindruckend, aber örtlich zu begrenzt, um mehr Wirkung zu zeigen. Um wirksam zu verhindern, dass die Gewalt eskaliert, und um sie eindämmen zu können, hätten sie weit über diesen begrenzten Bereich hinaus tätig werden müssen. Das ist eine Lehre, die die OSZE-Außenstelle Osch sehr rasch erkannt hat. Gemeinsam mit IRET und AIMIRA, einer NRO aus Jalal-Abad, startete sie ein ehrgeiziges Projekt, mit dessen Hilfe ein Mediatorennetz geschaffen werden soll, das die Provinzen Jalal-Abad und Osch sowie die Stadt Osch zur Gänze erfasst.

Beim Aufbau dieses Netzes beherzigt die Außenstelle auch eine zweite wichtige Lehre aus den Ereignissen vom Juni. Wären die staatlichen Strafverfolgungsbehörden imstande gewesen, den auf Aussöhnung ausgerichteten Ansatz der Mediatoren anzuwenden, hätten sie viel eher das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und entschlossener agieren können. Hätten andererseits die Mediatoren auf die Unterstützung der Regierung zählen können, hätten sie inmitten der Gefahr viel effektiver arbeiten können. Deshalb arbeitet die OSZE gemeinsam mit dem Büro des Bürgermeisters der Stadt Osch und den Provinzverwaltungen von Osch und Jalal-Abad an der Schaffung eines öffentlich-privaten Mediatorennetzes, das eng mit den Sicherheitsdiensten zusammenarbeiten wird, um den Ausbruch schwerer Konflikte zu verhindern. Nach Ansicht von Ross Brown, dem Politischen Referenten in der Außenstelle Osch, der mit der Projektimplementierung betraut ist, „besteht das Neue an diesem Projekt nicht nur darin, dass in jedem Team auf eine ausgewogene Zusammensetzung in Bezug auf Volksgruppenzugehörigkeit, Geschlecht und Alter und auf die Beteiligung von Bürgern sowohl aus der Regierung als auch aus der Zivilgesellschaft geachtet wird, sondern auch dass das Netz als Ganzes Bestand haben und voll in das gesamte Sicherheitssystem der kirgisischen Regierung eingebunden sein wird“.

Machamadshan Chamidow ist Journalist in Osch (Kirgisistan).

„Wir müssen das Misstrauen überwinden“



OSZE/URSULA FROESE

Zuhra Achmedowa, die Leiterin der NRO New-Vita, ist eine Mediatorin aus Suzak in der Provinz Jalal-Abad. Sie ist an dem von der OSZE unterstützten Projekt beteiligt, mit dem ein Netz von Mediatoren in Südkirgisistan eingerichtet werden soll. Am 24. April 2011 stand sie der Sprecherin des OSZE-Zentrums in Bischkek, Swetlana Lewina, Rede und Antwort.

Swetlana Lewina: Wie kam es, dass Sie sich in der Mediation engagierten?

Zuhra Achmedowa: Ich bin Bezirksrätin in Suzak und leite auch den Frauenausschuss. Es war jedoch mein Gefühl als Frau, als Mutter, das mich tätig werden ließ. Jeder an meiner Stelle hätte dasselbe getan.

Zwei oder drei Wochen nach den tragischen Ereignissen, es war ein heißer Julitag, hatte ich in Jalal-Abad zu tun, als mich die Nachricht erreichte, dass etwa fünf oder sechs Kilometer außerhalb der Stadt eine Demonstration im Gange sei, die außer Kontrolle zu geraten schien. Ich begab mich sofort vor Ort und sah eine große Menge Frauen, die die Landstraße

von Bischkek nach Osch genau vor dem Wachposten blockierten. Die Frauen waren äußerst aufgebracht. Sie protestierten gegen die Verhaftung ihrer Männer und Söhne. Die Polizisten begannen, auf die Frauen zuzugehen; die Frauen gerieten außer sich; und ich konnte sehen, dass es zu einem hässlichen Zusammenstoß kommen würde.

Ich bin Gynäkologin. Unser Bezirk ist klein, doch wir haben eine rasch wachsende Bevölkerung und mir wurde bewusst, dass die meisten dieser Frauen mich kannten – entweder durch meinen Beruf oder durch meine Position im Frauenausschuss. Wir veranstalteten oft gemeinsame Essen oder Feiern in den

Machallas. Das hier waren dieselben Frauen, Mütter – jung, mittleren Alters, alt – und alle waren Usbekinnen. Auch jetzt noch kann ich kaum meine Gefühle unterdrücken, wenn ich mich an die Situation erinnere. Ich schritt in die Menge hinein und sagte: „Frauen, haben wir nicht genug Blut gesehen? Gehen wir nach Hause, dort ist noch viel zu tun. Unsere Religion lehrt uns, friedfertig und tolerant zu sein.“ Die Polizeibeamten begannen, die Straße zu räumen. Die Frauen gehorchten nicht, viele von ihnen waren offensichtlich verzweifelt. Es kam zu mehreren Wortwechseln – sowohl friedlicher als auch hitziger Art. Ich wiederholte immer wieder das Wichtigste: „Wir Frauen sind für den Frieden!“ Die Polizisten gingen bei der Räumung der Straße respektvoll mit den Frauen um.

Nachher trafen wir uns im Club der nahegelegenen Kolchose. Ich ermahnte alle eindringlich, ruhig und höflich zu bleiben. Sie stimmten mir zu, und wir begannen zu reden. Genau zu diesem Zeitpunkt gründeten wir an diesem Ort den „Koordinierungsrat der Frauen“. Wir beschloss, dass wir Frauen dem Beispiel jener Gruppen von Männern folgen sollten, die sich der Polizei freiwillig als Helfer zur Verfügung stellten. Wir wollten unser Wohnviertel wie „öffentliche Patrouillen“ überwachen, und wenn wir auf jemanden stoßen sollten, der Gerüchte verbreitet oder Unruhe stiftet, wollten wir das Problem gemeinsam angehen.

So begann unsere Arbeit. Wir sind in der Provinz Jalal-Abad und in der Stadt Jalal-Abad aktiv.

Arbeiten Sie mit anderen zusammen?

Hauptsächlich mit der NRO New-Vita aus Suzak. Uns gefällt der Titel, ich assoziiere damit die Geburt eines Kindes, er ist ermutigend. Wir arbeiten auch mit den NROs Bakyt Astanasie und AIMIRA zusammen. Ich hörte von einem Projekt für Konfliktverhütung, das von der OSZE-Außenstelle in Osch unterstützt wird, und nun beteiligen auch wir uns daran. Auch die Präsidialverwaltung unterstützt das Projekt, und wir sind ihr und der OSZE sehr dankbar. Die Leiterin von AIMIRA ist eine sehr mutige Frau; ich kann über die Aktivitäten dieser NRO nur staunen: Neben Mediation führt sie Schulungen durch und unterstützt kleine Unternehmen. Derzeit arbeiten wir mit den Strafverfolgungsbehörden zusammen, und es kommt Bewegung in die Dinge. Langsam aber sicher sehen wir Resultate. Die emotionalen Spannungen in der Bevölkerung haben sich spürbar verringert. Die Beziehungen zwischen der Exekutive und den Bürgern haben sich verbessert. Unsere Kooperation wird konstruktiver – gemeinsam mit der Polizei verlassen wir

uns auf Fakten, nicht auf Gerede.

Bei uns sind kirgisische und usbekische Frauen; wir haben eine Russin, eine Tadschikin, eine Tatarin – Frauen aus sieben oder acht Volksgruppen. Und wir verfolgen alle dasselbe Ziel – Freundschaft, Harmonie und, so Gott will, Frieden.

Vor Kurzem nahm ich an einem Runden Tisch mit OSZE-Botschaftern teil [Anmerkung: während des Besuchs der OSZE-Botschafter in Kirgisistan im April 2011]. Wir müssen verstärkt Mediatoren ausbilden. Polizeibeamte sollten schon während ihrer Ausbildung durch das Innenministerium in Mediationsmethoden geschult werden. Rechtsanwälte müssen auch in Psychologie unterwiesen werden. Mediatoren brauchen Unterlagen, Handbücher. Wir brauchen Hilfe bei der Organisation von Arbeitsgruppen, je früher desto besser. Es ist auch wichtig, Themen wie interethnische Toleranz und friedliche Koexistenz in die Lehrpläne aufzunehmen. Wir sind überzeugt, dass uns die OSZE dabei helfen kann. Das ist etwas, das wir kaum allein tun können.

Allison Chapman, einer OSZE-Beamtin der Initiative für kommunale Sicherheit in Osch (Kirgisistan)

Als ich im Januar dieses Jahres im verschneiten Bischkek eintraf, um meinen Posten als Polizeibeamtin der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) anzutreten, erkrankte ich gleich einmal an Lungenentzündung. Es kann schon sein, dass mir für einen kurzen Augenblick der Gedanke durch den Kopf ging, dass ich ja bereits eine lange Karriere als Polizeioffizierin hinter mir hatte, zuletzt als Polizeikommandantin im Rang einer Majorin, und eigentlich zu Hause in Pennsylvania (Vereinigte Staaten von Amerika) meinen Ruhestand hätte genießen können. Aber das wäre nicht ich gewesen. In Bischkek war ich von der Freundlichkeit und der Fürsorge der Menschen überwältigt, denen ich noch gar nichts gegeben hatte. Ich regelte den administrativen Papierkram, überlebte den Sprachunterricht, absolvierte meine Einschulung, erholte mich von der Lungenentzündung und flog schließlich einige Wochen später an meinen Einsatzort Osch.

Ich nahm unverzüglich meine Arbeit auf und stieß zu meinen zwei Kollegen im Polizeihauptquartier der Stadt Osch, dem wir zugeteilt waren. Derzeit sind wir insgesamt 21 CSI-Offiziere für vier Regionen: Chui im Norden Kirgisistans, die Stadt Osch, die Region Osch und Jalal-Abad. Wir sind in Polizeieinrichtungen untergebracht, was uns die Möglichkeit gibt, tagtäglich mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Jede an der Initiative beteiligte Polizeistation verfügt über ein Team von drei oder vier CSI-Mitgliedern und über örtliche Verwaltungs- und Sprachassistenten. Wir wollen zur Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Kommunen nach den Ereignissen von Juni 2010 ermutigen. Wir sind zuständig für die Koordination zwischen der Polizei und der Arbeitsgruppe für kommunale Sicherheit (CSGW), in der der Vorsitz der *Aksakals* (Ältesten), der Vorsitz des örtlichen Öffentlichen Präventionszentrums (PPC) der Gemeinde, Polizeichefs bzw. stellvertretende Polizeichefs, Mitglieder der Bezirksstreifen sowie führende



Persönlichkeiten der Volksgruppen und von Frauen- und Jugendgruppen vertreten sind.

Ein typischer Tag beginnt im Büro. Man bereitet sich auf die wöchentlichen Sitzungen mit den Leitern der Polizeistationen und der CSGW vor. Zweck dieser Sitzungen ist die Prioritätsreihung von Problemen, beginnend mit jenen, von denen die meisten Menschen betroffen sind und die wir lösen können. Probleme, die wir nicht lösen können, werden auf die regionale Ebene und anschließend an die Lenkungsausschüsse auf nationaler Ebene verwiesen. Die meisten Polizeistationen und PPCs sind in schlechtem Zustand. Es fehlt nicht nur an Computern und Druckern, sondern sogar an

Stühlen. Wir sind immer bemüht, die grundlegende Ausstattung zu beschaffen, damit die Beamten effektiv arbeiten können. Aber die Bereitstellung von Ausrüstung ist nicht unser eigentlicher Zweck; wir sind hier, um Orientierungshilfe, Praxis und Training zu vermitteln. Die OSZE wurde vor Ort mit offenen Armen empfangen. Die Zusammenarbeit in den Polizeibehörden und insbesondere in den Kommunen war ausgezeichnet. Ich habe den Eindruck, dass die jungen Polizeibeamten wie Schwämme sind, eifrig und bereit, neue moderne Methoden zu lernen, dass sie aber gleichzeitig zurückhaltend bleiben. Die älteren Beamten verharren in einem System, das sich seit vielen Jahren nicht wesentlich verändert hat. Ich meine, dass eine verstärkte Führung und die Betonung moderner Managementmethoden, verbunden mit der Technologie zur Unterstützung dieser neuen Aufgaben, ihre Effizienz steigern würden. Nach unseren Vorbereitungen am Vormittag begeben wir uns zu den Treffen mit unseren Kollegen und Ansprechpartnern.

Wir bringen ein Problem zur Sprache und arbeiten dann gemeinsam als Gruppe an der besten Lösung. Zum Beispiel hatten die Öffentlichen Präventionszentren ihre Sorge darüber geäußert, dass die Bezirksstreifen ihre Rundgänge nicht mit den zivilen Patrouillen (Mitglieder der Kommune, die abends ihre Rundgänge machen) abstimmen, dass sie die Leute nicht kennen und mit den Grenzlinien zwischen den Gemeinschaften nicht vertraut sind. Wir berieten uns mit dem Leiter für öffentliche Ruhe und Ordnung der Polizei, der an den Sitzungen teilnimmt, und erstellten einen Zeitplan für die Bezirksstreifen, nach dem sie die zivilen Patrouillen einmal täglich zwischen 20.00 und 22.00 Uhr begleiten und Aktivitätsberichte erstellen. Es sind diese kleinen Schritte, die Vertrauen zwischen der Polizei und der Gemeinschaft schaffen und eine positive Interaktion fördern, was dann vielleicht auch die Lösung größerer Probleme erleichtert.

Ein weiterer Ansatz besteht darin, den PPCs und den Bezirksstreifen aller Volksgruppen Gelegenheit zu ungezwungenem Beisammensein zu geben. Wir bereiten eine Veranstaltung vor, in der jedes PPC irgendetwas plant, zum Beispiel ein Mini-Fußballspiel, ein Schachturnier, einen Kunsthandwerkswettbewerb oder Aufführungen von Jugendlichen. Schließlich arbeiten wir als Gruppe von Experten in den verschiedensten Bereichen auch an konkreten Schulungskursen zur Perfektionierung unserer praktischen Methoden.

Ich persönlich kommuniziere mithilfe eines wunderbaren örtlichen Sprachassistenten und bediene mich einer Kombination von Kirgisisch, Russisch und Serbisch sowie meiner Gestik und Mimik: Ich habe schon immer gesagt, ich würde mit den Fähigkeiten in nonverbaler Kommunikation, die ich mir im Laufe der Zeit zugelegt habe, jede Scharade gewinnen. Es ist immer eine Herausforderung, in diesem vorwiegend männlichen Betätigungsfeld, insbesondere in Kirgisistan, mit Männern bekannt gemacht zu werden. Anfangs nehmen sie meine Anwesenheit kaum zur Kenntnis und richten ihre Konversation und Aufmerksamkeit an meine männlichen Kollegen. Aber nach einigen Minuten, unterstützt durch die Geschicklichkeit meiner Kollegen, die mich fast immer direkt ansprechen, beginnen sie besser zuzuhören. Außerdem strecke ich auch stets meine Hand aus, um ihre zu schütteln, was zwischen Männern und Frauen in dieser Kultur nicht üblich ist – und ich habe einen festen Griff! Ich nütze diese anfängliche Neugier zu meinen Gunsten, um zu vermitteln, warum wir hier sind und wie wir zusammenarbeiten

können. Nach 30 Jahren Polizeiarbeit kann ich, wenn alle Stricke reißen, stets mit ein paar Kriegsgeschichten aus meiner Laufbahn in den USA aufwarten. Damit gewinne ich ihre Aufmerksamkeit und in manchen Fällen sogar ihren Respekt, und dann geht jeder wieder an seine Arbeit. Ich liebe diesen Job!

Ich habe hier in Osch in Kirgisistan auch einige der wenigen in der Polizeiarbeit tätigen Frauen getroffen. Die Frauen werden meistens tagsüber eingesetzt, für bestimmte Ermittlungstätigkeiten, in Abteilungen für Jugendkriminalität und einige in höheren Rängen in der Administration. Bei einer Sitzung fragte ich die Frauen, ob sie diese Einsatzbereiche selbst gewählt hätten, da man mir gesagt hatte, dass Frauen heilig seien und die Familie stets an erster Stelle käme, damit sie auf der Straße nicht in Gefahr gebracht werden. Zu meiner Überraschung antworteten sie, das glaubten nur die Männer, nicht sie. Auch für sie sei die Familie sehr wichtig und ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens. Das gelte aber auch für ihren Beruf, und sie würden gern mehr in die aktive Polizeiarbeit einbezogen werden und nicht nur Büro- und Jugendarbeit leisten.

Kirgisistan ist, so empfinde ich, noch immer ein Land voller Hoffnung, nicht Verzweiflung. Die Leute vor Ort, mit denen ich den meisten Kontakt habe, sind klug, intelligent und keineswegs uninformiert über moderne Regierungsmethoden. Das System scheint sie zu bremsen, auch ihr Mangel an praktischer Erfahrung mit der Äußerung von Vorstellungen, mit dem Delegieren von Aufgaben und mit Führung. Es ist ein atemberaubend schönes Land voll von Widersprüchen zwischen dem Alten und dem Neuen. Millionen Geschichten warten darauf, erzählt zu werden.

Majorin Allison Chapman ist eine US-Polizeikommandantin mit reicher Erfahrung im Ausland und in Polizeiausbildung. Sie ist Offizierin in der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit.

Die **OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit** ist die erste Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf das von der Kirgisischen Republik nach den gewalttätigen Ausschreitungen vom Juni 2010 gestellte Hilfsersuchen. Das Projekt, eine Polizeiberatergruppe zu entsenden, wurde vom Ständigen Rat am 22. Juli 2010 (StR-Beschluss Nr. 947) genehmigt. Nach weiteren Diskussionen beschloss der Ständige Rat am 18. November 2010 (StR-Beschluss Nr. 961), „die zwischen der Kirgisischen Republik und dem OSZE-Zentrum in Bischkek getroffene Vereinbarung über die Umsetzung von StR-Beschluss Nr. 947 auf Grundlage des Konzepts einer Initiative für kommunale Sicherheit, das gemeinsam mit dem Innenministerium entwickelt wurde, zu unterstützen“.

Hauptziel der CSI ist es, „die kirgisische Polizei im Umgang mit der speziellen Sicherheitslage nach den Juni-Ereignissen zu unterstützen. Sie wird zur Professionalisierung der kirgisischen Polizei bei der Gewährleistung der menschlichen Sicherheit sämtlicher Mitglieder der Bevölkerung Kirgisistans, unabhängig von ihrer Volksgruppenzugehörigkeit, beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zum umfassenderen, nationalen Polizeireformprogramm leisten. Die CSI soll, vorbehaltlich einer Verlängerung, bis Ende 2011 dauern.“



INTERVIEW MIT DER OSZE-BEAUFTRAGTEN FÜR MEDIENFREIHEIT, DUNJA MIJATOVIĆ

Allergisch gegen „Ausgewogenheit“

Auf dem OSZE-Gipfel bestätigten die Teilnehmerstaaten, wie wichtig freie Medien für die Gewährleistung der „vollen Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie, einschließlich freier und fairer Wahlen und der Rechtsstaatlichkeit“ sind. Dunja Mijatović, seit März 2010 OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, sprach mit der Stellvertretenden Sprecherin der OSZE, Frane Maroević, über ihr erstes Jahr im Amt und die Herausforderungen, mit denen Journalisten im OSZE-Raum konfrontiert sind.

Frane Maroević: Die meisten Menschen erfahren durch öffentliche Erklärungen von Ihrer Arbeit, die jedoch nur ein Teil davon ist. Auf welche Weise tragen Sie zur Förderung der Medienfreiheit in den OSZE-Teilnehmerstaaten bei?

Dunja Mijatović: Mein Kernmandat besteht darin, den Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer freiwilligen Verpflichtungen in Bezug auf die Medienfreiheit zu helfen. Wenn ich diesbezüglich Defizite erkenne, mache ich die Delegationen in Wien oder die Regierungen direkt darauf aufmerksam. Ich gebe auch unabhängige Rechtsgutachten in Auftrag, die den Regierungen klare Empfehlungen erteilen, wie sie ihre Rechtsvorschriften verbessern können.

Ich bin immer bestrebt, stille Diplomatie anzuwenden. Wenn das nicht funktioniert, dann bleibt mir nichts anderes übrig, als meine Stimme zu erheben. Öffentliche Erklärungen sind meist die Ultima Ratio, doch bei Gefahr im Verzug – wenn etwa Journalisten wegen ihrer Arbeit umgebracht oder eingesperrt werden – ist Schweigen fehl am Platz. In diesen Fällen nehme ich direkt Kontakt mit der jeweiligen Regierung auf. Wichtig ist, dass die Regierung den Missstand anerkennt und öffentlich verurteilt, damit die Gesellschaft weiß, dass an der Lösung des Problems gearbeitet wird.

Leider ist die physische Bedrohung von Journalisten und Medienleuten noch immer an der Tagesordnung, doch ist das nicht die einzige Bedrohung der Medienfreiheit. Auf welche Weise wird die Medienfreiheit noch eingeschränkt?

Leider gibt es viele raffinierte und zugleich gefährliche Arten

der Einschränkung von Medien. Eine der häufigsten ist es, vage formulierte Gesetze zu erlassen, die den Regulierungsbehörden zu viel Spielraum geben. Meiner Meinung nach sollten Printmedien keiner anderen Kontrolle als derjenigen durch faire zivilgerichtliche Verfahren ohne politische Manipulation unterliegen.

Die Zensur ist ein weiterer Bereich, der Anlass zu großer Sorge gibt. Täglich werden mir Versuche zur Kenntnis gebracht, die Medienfreiheit zu untergraben, und zwar nicht nur in jungen Demokratien, sondern auch in Ländern, die als Paradies der Medienfreiheit gelten.

Es gibt jedoch auch Regierungen, die positive Schritte setzen und die Empfehlungen dieses Büros aufnehmen und umsetzen. Da ich selbst aus einem Transformationsland komme, habe ich große Achtung und viel Verständnis für die schwierigen Verhältnisse, unter denen manche Regierungen arbeiten. Dennoch kann ein schwieriges politisches Umfeld nicht als Ausrede dafür dienen, sich nicht weiterzuentwickeln und sich nicht nach Kräften um eine freiere Gesellschaft zu bemühen. Es kann keine Sicherheit ohne freien Informationsfluss und freie Medien geben.

Auf welche Weise bemühen Sie sich in Ihrer Tätigkeit um Ausgewogenheit, die sicherstellt, dass alle OSZE-Staaten gleichermaßen unter die Lupe genommen werden?

Ich bin allergisch gegen den Begriff Ausgewogenheit. In meinem letzten Bericht an den Ständigen Rat der OSZE habe ich klargestellt, dass ich nicht auf Aufforderungen nach größerer Ausgewogenheit bei meiner Arbeit reagiere. Natürlich muss

ich fair und unparteiisch sein. Aber was heißt denn Ausgewogenheit in diesem Zusammenhang? Wenn in einem Land ein Journalist umgebracht wird, muss ich dann im Bestreben nach Ausgewogenheit in einem anderen Land Ausschau nach einem weiteren Toten halten, um dem Gebot der Ausgewogenheit Genüge zu tun? Wenn ich in einem Land ein Gesetz beanstande, muss ich dann ein anderes Land mit einem ähnlichen Problem suchen? Darin sehe ich nicht meine Aufgabe. Ich lege meinen Finger auf konkrete Probleme.

Ich sehe es als Zeichen der Stärke, dass 56 Teilnehmerstaaten sich nicht nur auf die Einhaltung der Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit geeinigt, sondern auch ein Instrument geschaffen haben, dass sie an ihre Verpflichtungen erinnern soll. Es reicht jedoch nicht aus, nur ein Büro einzurichten. Meine Interventionen sollen Reformen unterstützen und nationale Rechtsvorschriften und Praktiken an die Verpflichtungen heranführen. Deren Umsetzung liegt jedoch weitgehend in der Verantwortung der Teilnehmerstaaten.

Sind auch Journalisten für die Sicherstellung der Medienfreiheit verantwortlich?

Natürlich. Professioneller Journalismus ist eine der Voraussetzungen für eine gesunde Medienlandschaft. Das Recht auf freie Meinungsäußerung erwirbt man mit Mühe, kann es auch leicht verlieren, muss für seine Erhaltung kämpfen, da es konkurrierende Rechte wie den Schutz der Privatsphäre betrifft und immer wieder durch Dogmen, Tabus, kulturelle Traditionen und widersprüchliche Sicherheitsinteressen herausgefordert wird.

Ich höre immer wieder, wir sollten Journalisten beibringen, wie sie ihre Arbeit zu verrichten haben. Darauf antworte ich immer in aller Offenheit, dass es meiner Meinung nach den Regierungen nicht zusteht, den Journalisten zu sagen, wie sie ihre Arbeit machen müssen. Wir können den Regierungen bei der Formulierung von Gesetzesentwürfen für Medienkontrolle, Selbstkontrollorgane und Presseräte helfen, damit sie einen adäquaten rechtlichen Rahmen für die Förderung der Medienfreiheit schaffen. Dieses Büro arbeitet gemeinsam mit den OSZE-Feldoperationen an der Förderung von professionellem Journalismus, Selbstkontrolle und guten Mediengesetzen. Ich überlege zurzeit die Erstellung einer Checkliste für die Teilnehmerstaaten, die Fragen wie die folgende enthält: Ist der freie Zugang zu Informationen gesetzlich geregelt? Stellt Diffamierung einen Straftatbestand dar oder nicht? Es ist jedoch nicht Aufgabe dieses Büros, Journalisten zu belehren, wir sind keine Journalistenschule.

Inwieweit hilft ihnen die Tatsache, dass die 56 Teilnehmerstaaten auf dem Gipfeltreffen von Astana ihre nachhaltige Unterstützung für Ihr Mandat bestätigt haben und dass der litauische Vorsitz 2011 Medienfreiheit und die Sicherheit von Journalisten zu einer Priorität seines Vorsitzes erklärt hat?

Ich bin sehr froh darüber, dass der litauische Vorsitz der Medienfreiheit und der Sicherheit von Journalisten Vorrang einräumt. Das Jahr beginnt schon jetzt sehr arbeitsreich und anspruchsvoll – in zu vielen unserer Teilnehmerstaaten gibt es nach wie vor zu viele Bedrohungen für die Medienfreiheit. Dank der Schwerpunktsetzung des Vorsitzes werde ich mehr tun können, um den Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Seite stehen. Ich werde wie bisher mit den Delegationen in Wien und den Regierungen zusammenarbeiten, um sie auf die in meinen Augen dringenden Probleme

aufmerksam zu machen.

Ich bin dankbar dafür, dass der Vorsitz beschlossen hat, sich ganz konkret auf die Frage der Gewalt gegen Journalisten zu konzentrieren. Der Vorsitz hat auch eine zweitägige Konferenz zum Thema der Sicherheit von Journalisten in der OSZE-Region angesetzt, die Anfang Juni in Wilna stattfindet. Ich hoffe, dass die Konferenz die Notwendigkeit dringender Maßnahmen zur Verbesserung des journalistischen Umfelds unterstreichen wird.

Was den Gipfel anbelangt, so ist die *Gedenkerklärung von Astana* ein starkes politisches Dokument und meiner Meinung nach ein Aufruf an die Teilnehmerstaaten, endlich ihre Hausaufgaben zu machen, um die Ziele zu verwirklichen, zu denen sie sich seit 35 Jahren lautstark bekennen. Aus der gesamten Erklärung geht eines klar hervor: Die Organisation lässt sich heute und auch in der Zukunft von ihrem Bekenntnis zu den grundlegenden Freiheitsrechten und deren Einhaltung leiten. Die nachdrückliche Betonung der Medienfreiheit in dem Dokument gibt mir bei meiner weiteren Arbeit zusätzlichen Auftrieb. Das sollte auch allen Journalisten im gesamten OSZE-Raum neuen Mut machen.

Womit befassen Sie sich abgesehen davon?

Es gibt in der ganzen Region Probleme mit dem Informationschutz, dem Informationszugang und – ein ganz wichtiges Thema – der Entkriminalisierung von Diffamierung. Ich werde nicht müde werden, diese Frage zur Sprache zu bringen, und habe die Absicht, die Zusammenarbeit mit dem Europarat diesbezüglich zu verstärken. Es ist völlig unannehmbar, dass von 56 Teilnehmerstaaten bislang nur 11 den Tatbestand der Diffamierung entkriminalisiert haben. Es stimmt zwar, dass in vielen Ländern, die der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte folgen, die eine strafrechtliche Verurteilung wegen übler Nachrede verbietet, in der Praxis auf eine strafrechtliche Verfolgung von Diffamierung verzichten. Das enthebt sie aber nicht der Notwendigkeit, diese fragwürdigen Gesetze endlich aus ihren Kodizes zu streichen.

Weshalb sollte Diffamierung entkriminalisiert werden?

In modernen Demokratien stehen Gefängnisstrafen auf schwere Verbrechen, nicht auf die Äußerung einer politischen Meinung oder zu einer Person des öffentlichen Lebens. Es ist Aufgabe der Medien, die öffentliche Diskussion zu fördern. Üble Nachrede ist eine Angelegenheit, die man am besten Zivilgerichten überlässt. Der Tatbestand der üblen Nachrede sollte niemals dazu eingesetzt werden, Medien mundtot zu machen, weder durch ihre Kriminalisierung noch durch ein hohes Strafausmaß bei Zivilprozessen.

Niemand behauptet, dass Information und Medienfreiheit grenzenlos sein sollten. Beides ist eindeutig in Artikel 10 der *Europäischen Menschenrechtskonvention* und in Artikel 19 der *Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen* verankert. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten haben entweder eines der beiden Dokumente oder beide unterzeichnet.

Das Internet verwischt die Unterscheidung zwischen den einzelnen Medien, zwischen Druck- und elektronischen Medien, zwischen lokalen und internationalen, alteingeführten und neuen Medien. Wie wirkt sich das auf Ihre Arbeit aus?

Durch die Auswirkungen der Globalisierung und die Entstehung neuer Technologien erlebt die Welt derzeit folgenreiche Veränderungen. Wir beziehen heute unsere Informationen zu

einem immer größeren Teil aus dem Internet. Was jedoch die Sicherheit von Journalisten anbelangt – das altbekannte Problem, dass Andersdenkende, Personen, die sich kritisch äußern, sich eines satirischen oder provozierenden Stils bedienen, Angriffen ausgesetzt sind – ist alles beim Alten geblieben. Journalisten werden nach wie vor bedroht, unabhängig davon, ob sie online oder in herkömmlichen Medien arbeiten.

Mir sind die Freiheit im Internet und der Zugang zum Internet große Anliegen. Im vergangenen Jahr haben wir über eine umfassende Erhebung versucht, uns ein Bild vom Ausmaß der Internetkontrolle in der gesamten OSZE-Region zu machen. Viele Teilnehmerstaaten haben geantwortet, und wir werden den abschließenden Bericht bald fertigstellen können. Auch andere internationale Organisationen sind interessiert daran, diese Matrix zu übernehmen, und wir geben dieses Modell gerne weiter, damit es zur Beurteilung der Internetfreiheit in der ganzen Welt eingesetzt werden kann.

Niemand stellt das legitime Recht einer Regierung infrage, gegen Bedrohungen durch Angriffe aus dem Internet vorzugehen. Wir beobachten allerdings, dass einige Regierungen ihnen unangenehme Websites blockieren und das Internet unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit oder der Terrorismusbekämpfung kontrollieren. Wie ich zu Beginn meiner Amtszeit sagte, ist es ein völlig sinnloses Unterfangen, zu versuchen, Websites zu unterdrücken, einzuschränken oder zu blockieren. Das Blockieren schafft nur Probleme. Die Gesellschaft ist bedroht, und die Menschen leben in Angst, da sie sich nicht mehr frei mit anderen austauschen können.

Worin liegt aus Sicht der Medienfreiheit der Unterschied zwischen einem Blogger und einem Journalisten, einem Websitemanager und einem Zeitungsherausgeber? Sind sie alle gleichermaßen schutzwürdig?

Jeder, dessen Recht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, verdient den Schutz dieses Büros. Wenn Blogger wegen ihrer Blogs ins Gefängnis kommen, ist es meiner Ansicht nach unerheblich, ob sie Journalisten sind oder nicht. Heute, im Zeitalter des „Bürgerjournalismus“, sind die Übergänge fließend. Wird jemand nur deshalb eingesperrt, weil er einen satirischen Video-clip ins Netz gestellt hat, dann ist das natürlich ein Fall für dieses Büro.

Ist Wikileaks ein Fall für Ihr Büro?

In Bezug auf Wikileaks als Frage der Medienfreiheit habe ich eine etwas andere Meinung. Wikileaks ist eine Informationsplattform, die ungeheure Datenmengen enthält. Ob diese Daten legal oder illegal zusammengetragen wurden, ist für mein Büro unerheblich. Was jedoch die Medienfreiheit anbelangt – und darauf möchte ich mich beschränken –, werden derzeit alle Aspekte von Wikileaks uneingeschränkt diskutiert und kommentiert, weshalb ich einstweilen keinen Handlungsbedarf dieses Büros erkennen kann.

Es gibt jedoch einige Punkte, die ich bereits als problematisch erwähnt habe. So habe ich Erklärungen mancher Politiker verurteilt, die nach der „Exekution“ des Wikileaks-Gründers riefen. Dann gibt es auch noch die wichtige, wenngleich wenig diskutierte Frage des Schutzes im Umgang mit geheimen Dokumenten. Es gibt legitime Gründe für die Einstufung mancher Dokumente als geheim, wozu sich in rechtsstaatlichen Ländern eine gewisse Praxis in Bezug auf die Einstufungskriterien herausgebildet hat (die immer gesetzlich festgelegt und angemessen sein

müssen). Daher ist es nicht automatisch eine Frage des Rechts auf freie Meinungsäußerung, wenn nicht alle Informationen öffentlich zugänglich sind, weshalb jedes Durchsickern geheimer Informationen als Einzelfall zu behandeln ist.

Die Verantwortung für den Schutz von eingestuften Dokumenten liegt bei denjenigen, die dazu verpflichtet sind – Beamte, Regierungsbedienstete und Politiker. Hingegen kann man diejenigen, denen solche Informationen zugespielt wurden, nicht *per se* für die Nichtbeachtung der Einstufungsregeln zur Rechenschaft ziehen. Im Journalismus ist die entscheidende Frage in Bezug auf die Rechtmäßigkeit der öffentlichen Enthüllung durchgesickelter Informationen, ob sie im öffentlichen Interesse erfolgt. In meinem Bericht vom Dezember 2010 an den Ständigen Rat habe ich an die Teilnehmerstaaten appelliert, bei ihren Aktionen und Reaktionen in Zusammenhang mit den Entwicklungen rund um Wikileaks diese Überlegungen nicht außer Acht zu lassen.

Das sind die zentralen Fragen. Erkenne ich jedoch Indizien für eine Bedrohung der Medienfreiheit oder die Unterdrückung kreativer Arbeit, so werde ich das natürlich öffentlich ansprechen.

Es ist über ein Jahr her, seit Sie von 56 OSZE-Teilnehmerstaaten ausgewählt wurden, um sie bei der Förderung freier und unabhängiger Medien zu unterstützen. Was war in dieser Zeit die schwierigste Situation für Sie?

Es gab einige. Es ist enttäuschend mitzuerleben, dass Regierungen versuchen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen – Menschen, die auf Probleme aufmerksam machen wollen oder einfach nur anderer Meinung sind. Diese Menschen werden schikaniert, eingeschüchtert, verhört, eingesperrt, ihre Ausrüstung wird konfisziert. Selbst wenn dadurch ihr Leben und das Leben ihrer Angehörigen auf dem Spiel steht, leisten sie eine ungeheuer wichtige Arbeit. Weil es diese Angst gibt, musste ich sehr oft geheime Gespräche mit Betroffenen führen. In viel zu vielen Ländern ist es nicht einfach, Journalist zu sein. Die Sicherheit von Journalisten ist ein Thema, zu dem ich mich auf diesem Posten auch weiterhin immer wieder äußern werde, da es unannehmbar ist, dass wir uns in der OSZE-Region und im 21. Jahrhundert als einen internationalen Klub von Demokratien verstehen und noch immer Menschen für das, was sie sagen oder schreiben, hinter Gitter oder ins Gefängnis bringen.

Was waren die Höhepunkte und Leistungen Ihres ersten Jahres?

Es ist eine faszinierende Erfahrung, mit Menschen zusammenzukommen und die Region besser kennenzulernen, die konkreten Probleme besser zu verstehen, mit denen die Menschen und Länder in dieser Region konfrontiert sind. Ich erfahre große Unterstützung durch die Zivilgesellschaft, OSZE-Delegationen und Regierungen. Unsere Hauptleistung ist wohl, dass wir von den Regierungen aktiv eingebunden werden. Es ist verblüffend festzustellen, welche positiven Schritte man gemeinsam geschafft hat. Als der Journalist und Blogger Eynulla Fatullayev im vergangenen Monat aus einem aserbaidjanischen Gefängnis freigelassen wurde, hat mich das mit großer Genugtuung erfüllt, ebenso wie die Freilassung von Adnan Hacizade und Emin Milli zu Jahresbeginn. Das sind Schritte in die richtige Richtung. Für mich ist es wichtig, den Kampf um die Rechte der einzelnen Journalisten aber auch des ganzen Berufsstandes fortzusetzen. Ich bin guter Hoffnung, dass diese drei Männer jetzt wieder zu ihrer wichtigen Arbeit zurückkehren können.



ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Der Medienrat Tadschikistans

von Ursula Froese

Die Grundprinzipien der Massenmedien und des Journalismus in Tadschikistan sind Wahrhaftigkeit, Objektivität, Ausgewogenheit, Pluralismus und Achtung der Menschenrechte. – Absatz 1, Ethische Grundsätze journalistischer Tätigkeit in Tadschikistan (Oktober 2009)

Will man Journalisten bei der Einrichtung eines Selbstregulierungsorgans unterstützen, braucht es sowohl Sensibilität für die Geschichte, den politischen und wirtschaftlichen Kontext und für das Recht auf Medien- und Versammlungsfreiheit sowie eine genaue Kenntnis der Arbeitsbeziehungen in der Praxis und Garantien für den Schutz und die Sicherheit von Reportern. Und dann ist es notwendig, etwas Abstand zu nehmen und den eigentlichen Entscheidungsprozess der Mediengemeinschaft zu überlassen, damit diese ihre berufsethischen Werte festlegt, die Regeln ausarbeitet und den Prozess der Selbstkontrolle für ihre eigene Arbeit umsetzt.

Diesen Prozess starteten die Journalisten in Tadschikistan im Jahr 1999; nach zehnjährigen Diskussionen

darüber, was es bedeutet, eine freie und verantwortungsbewusste Mediengemeinschaft zu sein, einigte sich die Mehrheit der aktiven Journalisten im Oktober 2009 darauf, sich künftig an die gemeinsam ausgearbeiteten *Ethischen Grundsätze journalistischer Arbeit in Tadschikistan* zu halten und ein offizielles Organ zur Selbstkontrolle der Medien, den tadschikischen Medienrat zu schaffen. Sie wurden dabei von der OSZE unterstützt, die ihnen bewährte Modelle aus anderen Teilnehmerstaaten zur Verfügung stellte. Der Ehrenkodex legt die Regeln für journalistische Sorgfaltspflicht, Informantenschutz, Unbestechlichkeit und Achtung der Privatsphäre und Würde des Einzelnen fest – lauter Themen, deretwegen Journalisten häufig vor Gericht zitiert werden.

Nach eineinhalbjähriger Tätigkeit steckt die Institution des tadschikischen Medienrats nach wie vor in den Kinderschuhen. Er entscheidet bei Verstößen gegen den Ehrenkodex, hat schon einige Dutzend Beschwerden entgegengenommen und seine Urteile veröffentlicht – wie es dem in den Grundsatzdokumenten festgelegten Verfahren entspricht. Der tadschikische Medienrat bietet sich auch als Gremium zur außergerichtlichen Beilegung von Medienstreitigkeiten an.

JAHRELANGE VORBEREITUNG

Nuriddin Karschibojew, Leiter des nationalen tadschikischen Verbandes unabhängiger Medien und gewähltes Mitglied des Vorstandes des tadschikischen

Der Medienrat Tadschikistans bei der Wahl eines neuen Vorsitzenden, Duschanbe, 7. April 2011.

Medienrates war von Anfang an in die Erörterungen über Medienethik in Tadschikistan eingebunden. „Anfangs ging es bei unseren Diskussionen um den Ehrenkodex, den Ibragim Ussmonow, zur Zeit Leiter des tadschikischen Medienrates [Anmerkung: Ussmonow trat am 12. April 2011 aus gesundheitlichen Gründen von dieser Funktion zurück], 1999 verfasst hatte. Natürlich war es angesichts der prekären Arbeitsbedingungen für Journalisten nach dem Bürgerkrieg nicht einfach, ihnen verständlich zu machen, dass gekaufte Berichterstattung ein berufsethisches Problem darstellt. Kaum hatte sich die wirtschaftliche Lage verbessert, hat sich jedoch auch das zum Besseren gewendet“, erinnert er sich.

Erst nach einigen gescheiterten Versuchen, einen Ehrenkodex zu formulieren, fühlten sich die Journalisten in der Lage, selbst ihre eigenen Wertmaßstäbe und Agenden festzulegen. 2003 und 2007 gab es hitzige Diskussionen zu einigen Themen, unter anderem über die Rolle des Staates bei der Festlegung journalistischer Berufsstandards. „Die Journalisten fragten völlig zu Recht, in welcher Eigenschaft ein zum Staat zu rechnendes Gremium Normen für die Medienselbstkontrolle vorschlagen kann“, erzählt Karschibojew.

Die Jahre der Verhandlungen und kreativen Auseinandersetzungen trugen Früchte. Im Dezember 2008 organisierte die OSZE in Zusammenarbeit mit der Deutsche-Welle-Akademie für eine Gruppe führender Medienvertreter eine Studienreise nach Berlin, bei der diese Gelegenheit hatten, sich die Arbeitsweise des Deutschen Presserates, eines europäischen, international anerkannten Best-Practice-Modells, anzusehen und die geplante Entwicklung eines Ehrenkodex mit deutschen Kollegen zu erörtern. Karschibojew berichtet: „Wir kamen nicht völlig unbedarft zu diesen Gesprächen. Wir wussten, wie wir die Dinge im tadschikischen Kontext angehen wollten, und versuchten das mit internationalen Normen in Einklang zu bringen“.

Nach ihrer Rückkehr bildeten sie eine größere Arbeitsgruppe, die ihrerseits von der OSZE Unterstützung erhielt. In deren Beratungen flossen nicht nur die Erfahrungen aus Deutschland, sondern auch aus Bulgarien und anderen osteuropäischen Ländern ein. Das Ergebnis sind *Die ethischen Grundsätze journalistischer Tätigkeit in Tadschikistan*.

ÜBERWINDUNG DER SKEPSIS

Über 60 Medienvertreter nahmen an der Gründungssitzung des tadschikischen Medienrates am 30. Oktober 2009 teil. Jeder von ihnen konnte einen Kandidaten für den Medienrat nominieren. Es wurden zwanzig Kandidaten vorgeschlagen, von denen neun in den Rat gewählt wurden.

Eine der am heftigsten diskutierten Fragen war die Regelung der Amtsdauer der Mitglieder des Medienrates. Um für neue Mitglieder interessant zu sein, musste der Medienrat erst die diesbezüglich in weiten Kreisen herrschende Skepsis zerstreuen. Die Frage war deshalb heikel, weil vielfach die Befürchtung geäußert wurde, eine lange Amtsdauer könnte den Medienrat in den Geruch bringen, eigentlich ein Werkzeug der Zensur zu sein.

Chursched Nijossow, Chefredakteur der Zeitung Farasch und Generalsekretär der Medienallianz Tadschikistans, beschreibt die Entwicklung folgendermaßen: „Zu Beginn hatten wir Vorbehalte gegen den Medienrat. Wir nahmen tendenziell jede Art eines institutionalisierten Ehrenkodex als Deckmantel für Zensur wahr. Erst nachdem wir uns eingehender mit dem Ehrenkodex und

seiner Funktionsweise auseinandergesetzt hatten, entschlossen wir uns zu dieser Selbstverpflichtung.“

Schließlich wurde ein Rotationssystem verabschiedet, demzufolge jedes Jahr drei Mitglieder neu in den Medienrat gewählt werden. Alle gewählten Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, unterstützt von einem kleinen vierköpfigen Vorstand. Nur ein Mitglied des Vorstands wird auf Vollzeitbasis bezahlt. Der tadschikische Medienrat ist derzeit in einem Büro eines Zeitungsverlagshauses in Duschanbe untergebracht und bemüht sich, die Betriebskosten möglichst gering zu halten. Auf lange Sicht sollen die Kosten dafür von den Mitgliedern des Medienselbstkontrollorgans selbst übernommen werden. Im März teilte der tadschikische Medienrat den Mitgliedern und der Öffentlichkeit mit, dass er ab nun Mitgliedsbeiträge einheben werde.

ERSTE ERGEBNISSE

Dank der Unterstützung durch das OSZE-Büro im ersten Jahr seiner offiziellen Tätigkeit erhielt der tadschikische Medienrat fachliche Beratung und Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, durch die er die Entwicklung publizistischer Berufsethik in Tadschikistan fördern konnte. 2010 traten fünfzehn weitere Medienunternehmen dem Rat bei und unterzeichneten den Ehrenkodex. Im Rahmen von dreizehn öffentlichen Sitzungen des Medienselbstkontrollorgans in Duschanbe, Istarawschan, Chudschand, Kanibadam, Isfara, Kurghon-teppa und Kuljab diskutierten über 230 Journalisten das Thema Berufsethos.

Es wird noch einige Zeit dauern, bis der Medienrat über genügend Durchschlagskraft verfügt, um als wichtigstes Schlichtungsorgan für publizistische Auseinandersetzungen in Tadschikistan fungieren zu können. Von den ersten 20 Beschwerden wegen Verletzung des Ehrenkodex wies der Medienrat zehn als unbegründet zurück und entschied in zehn weiteren Fällen, darunter eine Beschwerde wegen Verletzung der persönlichen Würde, bei der die betreffende Zeitung zu einer Entschuldigung aufgefordert wurde.

Schachlo Akobirowa, Rundfunkjournalistin und Direktorin von Choma, einer Organisation für Medienentwicklung, beurteilt den tadschikischen Medienrat und die unterstützenden Bemühungen der OSZE als Erfolgsstory. Sie sieht jedoch auch die großen Herausforderungen, die in Zukunft auf ihn zukommen. „Der Rat hat mit dem großen Problem zu kämpfen, dass der publizistische Bereich in Tadschikistan eher schwach ist. Den Medien fehlen die nötigen Mittel, was sie anfällig macht“, erläutert sie.

Ein weiteres Problem liegt ihrer Meinung nach darin, dass der Medienrat bisher hauptsächlich unabhängige Medien und nicht genügend staatliche Medien aufgenommen hat. Wären unter seinen Mitgliedern mehr staatliche Medien vertreten, würde ihn das in den Augen der Regierung glaubwürdiger machen. Das könnte auch die Zahl außergerichtlicher Einigungen erhöhen.

Einige der Entscheidungen des Medienrates im vergangenen halben Jahr wurden heftig kritisiert. „Das ist möglicherweise schmerzlich“, erläutert Akobirowa, „aber für eine Diskussion über berufsethische Normen wohl normal und Teil eines gesunden Prozesses, vielleicht sogar ein Zeichen dafür, dass sich etwas ändert.“

Ursula Froese ist verantwortlich für die Redaktion des OSZE-Magazins.

Bloggen oder blocken

Untersuchung des Potenzials des Internets als friedliche Kraft für Demokratie gemeinsam mit dem Zentralasiatischen Jugendnetzwerk

von Bermet Mambetschaewa



ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Für mich als angehende Journalistin in Kirgisistan ist das Hochladen von Inhalten im Internet und das Lesen von Inhalten, die andere ins Netz stellen, aus meinem Leben nicht mehr wegzudenken. Ich weiß aber auch, dass Bloggen in diesem Teil der Welt relative neu ist und dass Nutzerinhalte von Regierungen manchmal als Sicherheitsbedrohung angesehen werden.

Wie Bloggen in Zentralasien gesehen wird und in welcher Beziehung es zur Sicherheit steht, sind Fragen, die ich letzten Sommer im Rahmen des Forschungsprogramms des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks (CAYN) untersuchen konnte.

Das 2004 vom OSZE-Zentrum in Taschkent (nun Projektkoordinator in Usbekistan) gestartete Netzwerk soll gute Beziehungen zwischen jungen Leuten in der Region fördern und zur Konfliktverhütung und internationalen Zusammenarbeit beitragen. Es bietet Studenten die Möglichkeit, Vorlesungen zu besuchen, an Diskussionen teilzunehmen und zu forschen, um die aktuellen Sicherheitsbedrohungen und die Rolle der OSZE im Vorgehen gegen diese Bedrohungen besser zu verstehen. Bisher haben über 100 Studenten dieses Programm absolviert.

Im Juni 2010 hatte ich die Ehre, gemeinsam mit 36 Studenten aus ganz Zentralasien in

Eine Simulationsübung auf dem Treffen des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks im Juni 2010 in Almaty.

Almaty (Kasachstan) an einer vom OSZE-Zentrum in Astana veranstalteten CAYN-Konferenz teilzunehmen. Unser Ziel als Teilnehmer war es, Denkanstöße und Anleitungen für die Forschungsarbeiten zu erhalten, die wir in den nächsten Monaten in kleinen Gruppen zu OSZE-relevanten Themen ausarbeiten würden. Ich hatte Medienfreiheit gewählt – ein Thema, das ich gemeinsam mit vier anderen Teilnehmern aus Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan bearbeiten wollte. Zehn Universitätsprofessoren aus Europa, Nordamerika und Zentralasien wurden als Gastredner eingeladen, um uns den Einstieg zu erleichtern.

Zu Beginn des Treffens wussten wir nur wenig über die OSZE und ihre Tätigkeit, und es war faszinierend, von ihren Prinzipien, Verpflichtungen und Aktivitäten zu erfahren. Für die meisten von uns war es das erste Mal, dass wir mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern der Region zusammentrafen. In einem der Simulationsspiele musste jeder von uns in die Rolle eines politischen Vertreters eines anderen Staates schlüpfen. Die Aufgabenstellung lautete: Entwicklung eines multilateralen Migrationsvertrags. Ich hatte zwar einige Schwierigkeiten, die Interessen von Tadschikistan anstatt die meiner Heimat Kirgisistan zu vertreten, doch war es eine tolle Erfahrung, den Standpunkt von jemandem anderen einzunehmen und über seine Situation nachzudenken.

Im Sommer befassten wir uns intensiv mit unserem Forschungsauftrag, der sich doch als größere Herausforderung als erwartet herausstellte. Bei unseren Nachforschungen in der Literatur zeigte sich, dass das Thema Neue Medien in Zentralasien bisher noch wenig bearbeitet wurde. Wir beschlossen, zwei Fragen in den Mittelpunkt zu stellen: „Wie können Blogs zu einer pluralistischen Medienlandschaft in Zentralasien beitragen?“ und „Wie kann Blogging und damit die Redefreiheit am besten gefördert werden?“ Wir interviewten Blogger, IT-Spezialisten, Journalisten und Medienexperten, sahen uns Blog-Plattformen an, studierten Internet-Statistiken und analysierten Inhalt und Stil von Blogs. Ich sollte erwähnen, dass unsere Forschung ohne die Neuen Medien nicht möglich gewesen wäre. Zwischen uns und den anderen Mitgliedern unserer Gruppe lagen Tausende Kilometer. Zum Glück konnten wir über Skype miteinander sprechen und über Google-Groups kommunizieren.

Unsere Nachforschungen ergaben eine ganze Reihe interessanter Fakten. Ich musste zu meiner Überraschung feststellen, dass digitale Welten zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten liegen. In Kirgisistan und Kasachstan haben sich die Neuen Medien und der Bürgerjournalismus zu einer echten Kraft in der Gesellschaft und zu einer Alternative zu den konventionellen Medien entwickelt. Tadschikistan und Turkmenistan zeigen sich noch immer resistent gegen die neuen Technologien, und Blogging steckt dort noch in den Kinderschuhen. Usbekistan liegt mehr oder weniger zwischen diesen beiden Extremen.

Wir hielten die Liberalisierung der neuen Medientechnologien für den richtigen Weg zum Aufbau gesunder Zivilgesellschaften in der Region Zentralasien. Und wir zeigten vier Schritte auf, die für die Förderung von Blogging notwendig sind: verstärkter Internetzugang, Medienerziehung, Unterstützung von Webentwicklern und Aufbau örtlicher Webinhalte.

Die drei Monate vergingen rasch, und Ende September versammelten wir uns erneut in Almaty, um über die Ergebnisse unserer Nachforschungen zu berichten. Im Raum herrschte aufgeregte Spannung, als wir unsere Ergebnisse präsentierten. Es sollte nicht nur eine Auswahl der interessantesten Artikel



Die Gewinner des CAYN-Forschungswettbewerbs stellen sich während ihres Besuchs im Oktober 2010 in Wien dem Fotografen.

OSZE/DINA IGLIKOVA

veröffentlicht und an Universitäten, die OSZE-Feldoperationen und OSZE-Delegation in der Region verteilt werden, die Autoren der besten Arbeit würden auch das OSZE-Sekretariat in Wien (Österreich) besuchen.

Schließlich verkündeten die mit der Auswertung der eingereichten Arbeiten betrauten Mitarbeiter des OSZE-Zentrums in Astana und der OSZE-Akademie in Bischkek, dass nicht eine, sondern zwei Arbeiten gewonnen hätten. Die erste trug den Titel „Der Europäische Sicherheitsvertrag als Initiative zur Neubelebung der OSZE“ und die zweite war unsere: „Bloggen oder Blocken: Herausforderungen und Perspektiven der Blogosphäre in Zentralasien“.

Wieviele Zwanzigjährige aus Zentralasien können von sich behaupten, im OSZE-Hauptquartier in Wien gewesen zu sein? Ende Oktober unterhielten wir uns drei Tage lang mit offiziellen OSZE-Vertretern und OSZE-Diplomaten im Sekretariat und in der Wiener Hofburg. Wir durften eine Sitzung des Ständigen Rates der OSZE beobachten und wurden persönlich von der Delegation Kasachstans willkommen geheißen, das 2010 den Vorsitz in der OSZE führte. Für mich war es besonders interessant, Roland Bless, den Ersten Berater der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, zu treffen.

Meine Erfahrung im CAYN vermittelte mir interessante Einblicke in die Funktionsweise der OSZE und der internationalen Diplomatie. Und sie hat mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass Blogging eine friedliche Kraft für die demokratische Entwicklung ist.

Bermet Mambetschaewa ist Journalistikstudentin an der kirgisisch-russischen Slawischen Universität in Bischkek.



Fünfzehnter Jahrestag des Rüstungskontrollübereinkommens in Südosteuropa

von Brigadegeneral Costanzo Periotto

Am 14. Juni 2011 begehen Bosnien und Herzegowina, die Republik Kroatien, Montenegro und die Republik Serbien den fünfzehnten Jahrestag der erfolgreichen Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle nach Anhang 1-B Artikel IV des *Friedensübereinkommens von Dayton*, das dem Krieg in Bosnien und Herzegowina nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens ein Ende setzte.

Im *Übereinkommen von Dayton* wurde die OSZE beauftragt, an der Ausarbeitung und Umsetzung des Übereinkommens mitzuwirken, und der Amtierende OSZE-Vorsitz beschloss, einen Persönlichen Beauftragten zu bestellen, der die Parteien bei der Aushandlung und Umsetzung des Übereinkommens unterstützen sollte; dieser Beschluss wurde von den OSZE-Teilnehmerstaaten auf dem Ministerrats-treffen 1995 in Budapest begrüßt.

Von Anfang an widmete die OSZE dem Projekt große Aufmerksamkeit. Sie leitete intensive diplomatische Verhandlungen ein und hielt mehrere Konferenzen in Dayton, Paris, Budapest, Wien, London, New York und Bonn ab. Schließlich wurde das Übereinkommen am 14. Juni 1996 in Florenz (Italien) unter der Schirmherrschaft der OSZE unterzeichnet. Es ist dem Engagement und dem ausdrücklichen politischen Willen der Parteien, die im Übereinkommen festgeschriebenen Ziele zu erreichen, zu verdanken, dass die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht wurden. Diese Ziele lauteten: Herbeiführung eines stabilen militärischen Gleichgewichts auf niedrigstem Rüstungsniveau, um das Risiko eines Neuaufflammens des Konflikts zu verringern und ein Wettrüsten in der Subregion zu verhindern. Mit der Unterzeichnung des Übereinkommens unter der Schirmherrschaft

Konferenz der Subregionalen Beratungskommission, die für das subregionale Rüstungskontrollübereinkommen nach Artikel IV des Übereinkommens von Dayton zuständig ist, Zadar (Kroatien), 29.–31. März 2011.
KROATISCHES AUSSENMINISTERIUM

der OSZE anerkannten die Parteien die Einführung von Maßnahmen für regionale Stabilität und Rüstungskontrolle als eine unverzichtbare Voraussetzung für die Herbeiführung eines stabilen Friedens in der Region.

In den Jahren nach der Unterzeichnung des Rüstungskontrollabkommens verfolgte die OSZE durch den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzes der OSZE für Artikel IV das Engagement der Parteien bei der Umsetzung des Übereinkommens weiterhin mit großer Aufmerksamkeit und unterstrich damit konkret die Bedeutung, die sie der Region beimisst.

Die Mitglieder der Dayton-Kontaktgruppe (Vereinigte Staaten, Russland, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Italien und Frankreich), die das Übereinkommen nach Artikel IV 1996 mitunterzeichneten, haben wesentlich zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen und leisten auch weiterhin wertvolle Unterstützung in der Implementierungsphase.

Internationale militärische Rüstungskontrollexperten – insbesondere die NATO-Schule (SHAPE) in Oberamergau und das Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC) in Zagreb – sorgten für die Ausbildung der internationalen Assistenten und der Militärexperten der Parteien.

Besonders erwähnenswert in Bezug auf die Durchführung des Übereinkommens ist die Tatsache, dass alle Parteien nicht nur ihre Verpflichtungen zeitgerecht erfüllt haben, sondern auch weiterhin freiwillig die im Übereinkommen aufgeführten Rüstungen reduzieren und ihre Bestände bis unter die vereinbarten zahlenmäßigen Begrenzungen verringert haben.

DER DERZEITIGE STAND DES ÜBEREINKOMMENS

Fünfzehn Jahre nach Unterzeichnung des *Friedensübereinkommens von Dayton* halten sich Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien auch weiterhin an den Geist des Übereinkommens nach Artikel IV und setzten die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aktivitäten in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Freundschaft, der Transparenz und der Kooperation fort.

Bis zum heutigen Tag wurden 775 Inspektionen durchgeführt, 1177 internationale Assistenten aus 29 OSZE-Teilnehmerstaaten eingesetzt und 9722 schwere Waffen aus der Region entfernt. Das Personal der militärischen Truppenteile wurde drastisch reduziert, und die Anzahl der Inspektionsobjekte sank von 244 auf 87.

Die jüngsten Zahlen aus dem militärischen Datenaustausch zeigen, dass die Größe der Streitkräfte der Parteien heute nicht mehr mit jener von 1996 vergleichbar ist.

Das Übereinkommen leistete und leistet auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Länder der Region in die europäischen bzw. euroatlantischen Institutionen. Tatsächlich haben alle Länder das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet, und Kroatien und Montenegro haben bereits den Status von Bewerberländern in der Europäischen Union. Alle Länder nehmen am Programm der NATO „Partnerschaft für

den Frieden“ teil. Kroatien wurde im April 2009 NATO-Mitglied, und Montenegro wurde im Dezember 2009 in den *Membership Action Plan* aufgenommen.

WIE ES WEITERGEHT

Angesichts der guten Zusammenarbeit, die sich im Verlauf der vergangenen fünfzehn Jahre zwischen den Vertragsstaaten entwickelt hat, ist zur dauerhaften Umsetzung des Übereinkommens nach Artikel IV die schrittweise Übergabe der internationalen Zuständigkeiten erforderlich. Das ist ein logischer Schritt in einem Szenario nach einem Konflikt und steht im Einklang mit dem Trend in Richtung Eigenverantwortung der Staaten auch in anderen Bereichen der Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft in der Subregion.

Der Prozess der Übergabe von Artikel IV in die Eigenverantwortung der Länder ist derzeit in vollem Gange. Er folgt einem umfassenden Aktionsplan für die schrittweise Übertragung von Zuständigkeiten und Funktionen an die Parteien des Rüstungskontrollübereinkommens.

Die Übertragung der Zuständigkeiten wird in zwei Phasen ablaufen. In der ersten Phase wird die internationale Hilfe auf ein Minimum reduziert. Sie begann Anfang 2010, verzeichnet derzeit gute Fortschritte und soll laut Plan Ende 2011 abgeschlossen sein.

In der zweiten Phase, die innerhalb von drei Jahren nach Ende der ersten Phase zu Ende gehen soll, werden alle rechtlichen, politischen, technischen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen, die zur vollen Übertragung in die Eigenverantwortung der Parteien erforderlich sind.

Sobald die Parteien die Alleinverantwortung übernommen haben, wird die OSZE von der direkten Hilfeleistung zu einer unterstützenden Rolle übergehen, wie dies derzeit auch bei Verträgen wie dem *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa* und dem *Vertrag über den Offenen Himmel* gehandhabt wird. Daraus folgt, dass das Büro des Persönlichen Beauftragten voraussichtlich geschlossen werden wird.

Die Übertragung in die Eigenverantwortung wird von der OSZE-Gemeinschaft, der Europäischen Union und den assoziierten Ländern sowie von den Ländern der Kontaktgruppe nachdrücklich unterstützt, die immer wieder offizielle Erklärungen in diesem Sinne abgegeben haben.

Nach 2014 werden die Vertragsstaaten als Alleinverantwortliche für das Subregionale Rüstungskontrollübereinkommen dieses gegebenenfalls weiter umsetzen – bis eine politische Situation erreicht ist, die es ihnen erlaubt, jeder für sich einem neuen Sicherheitssystem in Europa beizutreten, oder bis sie Vollmitglieder in bestehenden europäischen oder euroatlantischen Strukturen geworden sind.

Brigadegeneral Costanzo Periotto ist der Persönliche Beauftragte des Amtierenden OSZE-Vorsitzes für Anhang 1-B Artikel IV des *Friedensübereinkommens von Dayton*.

Max van der Stoel: 1924-2011

von Walter Kemp



Max van der Stoel in Tetovo (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) im Februar 2001. OSZE/Harald Schenker

Auf einer Sondersitzung des Ständigen Rates, die zu Ehren von Max van der Stoel während seiner letzten Tage in der Funktion als Hoher Kommissar für nationale Minderheiten am 22. Juni 2001 abgehalten wurde, sagte Kai Eide, der damalige Ständige Vertreter Norwegens zu ihm: „Sie sind Vertreter einer Generation von Giganten auf dem internationalen Parkett.“

Max war innerhalb der OSZE zweifelsohne ein Gigant. Er war 1975 einer der Gründerväter der *Schlussakte von Helsinki*. Er engagierte sich für die Helsinki-Prinzipien, insbesondere die Menschenrechte betreffend. Bei einem Besuch in der Tschechoslowakei im März 1977 war er einer der ersten westlichen Amtsträger, die mit Dissidenten der Charta 77, unter ihnen Jan Patočka und Vaclav Havel, zusammentrafen.

Van der Stoel kennt man in der OSZE vor

allem als ersten Hohen Kommissar für nationale Minderheiten. Dieser Posten wurde durch die Helsinki-Beschlüsse vom Juli 1992 als Reaktion auf die aufflammende interethnische Gewalt im ehemaligen Jugoslawien und die besorgniserregenden Spannungen in einigen früheren Sowjetrepubliken geschaffen. Der Hohe Kommissar hat den Auftrag, „ein Instrument zur Konfliktverhütung zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ zu sein.

Van der Stoel trat sein Amt am 1. Januar 1993 in einem kleinen Büro mit Aussicht auf einen Kanal in Den Haag an. Er brachte alle für den Posten nötigen Qualifikationen mit, war er doch zweimal Minister für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande, langjähriger Parlamentsabgeordneter, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (wo er als Berichterstatter über Griechenland

während des sogenannten Regimes der Obristen in Erinnerung blieb, als es nach der Errichtung der Militärdiktatur im Jahr 1967 zu massiven Menschenrechtsverletzungen kam) sowie Ständiger Vertreter der Niederlande bei den Vereinten Nationen, als diese einen Sitz im Sicherheitsrat hatten. Später war er Mitglied des Staatsrats und wurde auch zum Staatsminister ernannt (eine Ehrenfunktion im Dienste der Königin der Niederlande). Aufgrund seiner umfassenden Verdienste um die Menschenrechte wurde van der Stoel 1991 für die hochkarätige Funktion des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über Menschenrechte im Irak ernannt. Er übte diese ehrenamtliche Tätigkeit fast zehn Jahre lang aus und erstellte ein Register der systematischen Gewaltakte und Verbrechen Saddam Husseins gegen das irakische Volk.

In seiner ersten Zeit als Hoher Kommissar war sein Motto „Learning by doing“. Max (wie er von den meisten genannt wurde) begann gemeinsam mit einigen dienstzugehörigen Beratern und einem Sekretär damit, sich ein Bild von den interethnischen Beziehungen im OSZE-Raum zu machen, wobei er sich auf Situationen konzentrierte, die er als heikel beurteilte und wo er am ehesten etwas bewirken könnte. Er reiste sehr viel, insbesondere nach Lettland und Estland, wo die Lage besonders angespannt war.

Von Anfang an legte er auf Diskretion größten Wert. Seine Sitzungen waren nicht für jedermann zugänglich, und er gab nur selten Interviews. Seine Empfehlungen wurden für einige Zeit nicht öffentlich gemacht, und seine Berichte an den Amtierenden Vorsitz waren streng vertraulich. So gewann er den Respekt seiner Gesprächspartner und verhinderte, dass heikle Themen von der Sensationspresse aufgebauscht wurden. In der Folge wurde dieses Vorgehen zum Gütesiegel für die Arbeitsweise des Hohen Kommissars.

Bei seinen Besuchen sprach Max immer mit allen betroffenen Parteien. Sein Tagespensum war üblicherweise vollgepackt mit Sitzungen, und er nahm sich selten Zeit für ein Mittagessen oder anderes, was ihn hätte ablenken können. Und dann hieß es wieder zurück ins Flugzeug: Er wollte stets als Erster ein- und aussteigen, um keine Zeit zu verlieren. Auch auf langen Reisen gab er niemals sein Gepäck auf (und hatte wenig Verständnis für Berater, die dies taten).

Max war hartnäckig, und er war unerbittlich. Wenn eine Regierung sich mit der Umsetzung seiner Empfehlungen Zeit ließ, schrieb er oder setzte seine Besuche so lange fort, bis er die Gewissheit hatte, dass man sich mit den Ursachen der Spannungen befasst hatte.

Da sich bestimmte Fragen wie Sprache, Bildung und Beteiligung am öffentlichen Leben immer wieder stellten, beschloss er, Expertengruppen unter internationaler Führung eine Reihe von Empfehlungen auszuarbeiten zu lassen. Daraus entstanden die *Haager Empfehlungen über die Bildungsrechte nationaler Minderheiten*, die *Oslo-Empfehlungen über die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten* und die *Lund-Empfehlungen über die wirksame Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben*. Andere allgemeine Empfehlungen folgten und erweiterten den normativen Rahmen, in dem diese Themen erörtert und auf friedliche Weise im gesamten OSZE-Raum und darüber hinaus gehandhabt werden konnten.

Das Mandat des Hohen Kommissars besagt, dass er für „Frühwarnung“ sorgen und gegebenenfalls „Frühmaßnahmen“ hinsichtlich von Spannungen, die Bezug auf Angelegenheiten nationaler Minderheiten haben, ergreifen sollte. Van der Stoel stellte dieses Konzept auf den Kopf: Er ergriff Frühmaßnahmen, um keine offizielle Frühwarnung herausgeben zu müssen. In seiner über acht Jahre dauernden Amtszeit als Hoher Kommissar ließ van der Stoel nur einmal die Alarmglocken läuten, nämlich am 12. Mai 1999 im Zusammenhang mit den möglicherweise destabilisierenden Auswirkungen eines Massenzustroms von kosovo-albanischen Flüchtlingen in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Er besuchte das Land über fünfzig Mal während seiner Amtszeit, arbeitete hart an der Reduzierung der Spannungen, war einer der Architekten des *Abkommens von Ochrid*, das den bewaffneten Konflikt 2001 beendete, und war der Gründervater der Südosteuropäischen Universität in Tetovo, die die Integration der albanischen Minderheit in Mazedonien und ihre Chancen auf höhere Bildung erhöhen sollte.

Max erfuhr Anerkennung für seine Arbeit durch verschiedene Ehrendoktorate und hohe Auszeichnungen, die ihm – auch von Ländern, denen seine Aufmerksamkeit einst eher ungelogen kam – verliehen wurden. Den Friedensnobelpreis erhielt er nicht, obwohl er mehrmals dafür nominiert worden war. Ein Grund dafür liegt vielleicht in der Schwierigkeit, seinen Erfolg nachzuweisen, da ja nichts passiert war. Aber genau darum ging es. Wie ein Beobachter es ausdrückte, hielt er die Hunde vom Bellen ab. Und Europa kann ihm dafür dankbar sein.

Walter Kemp ist Direktor für Europa und Zentralasien am *International Peace Institute* in Wien und Verfasser des Buches *Quiet Diplomacy in Action: The OSCE High Commissioner on National Minorities* (1999).

osce Neubesetzungen



ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Adam Kobieracki trat am 1. Juni 2011 sein Amt als Direktor des Konfliktverhütungszentrums als Nachfolger von Herbert Salber an. Kobieracki war seit 1982 im polnischen Außenministerium, zuletzt in der Funktion als Direktor für Sicherheitspolitik, tätig. Von 2003 bis 2007 war er Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Operationsführung in Brüssel. Botschafter Kobieracki leitete von 1997 bis 2000 die polnische Delegation bei der OSZE in Wien und führte 1998 den Vorsitz im Ständigen Rat. Er wirkte an den Verhandlungen für das *Wiener Dokument 1994* der OSZE und 1999 für die Anpassung des *Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa* mit.



OSZE/SUSANNA LOOF

Sergei Beljaew wurde am 7. April 2011 zum Leiter des OSZE-Zentrums in Aschgabat ernannt. Davor war er Direktor der Hauptabteilung Personalressourcen im OSZE-Sekretariat (2006 bis 2011) und Stellvertretender Direktor (ab 2002). Sergei Beljaew, ein hochrangiger Diplomat im Auswärtigen Dienst der Russischen Föderation, diente von 1995 bis 1999 als Botschafter in Neuseeland und hatte verschiedenen Posten in Afrika, etwa auch in Angola (1990 bis 1992), inne. Unter weiteren hochrangigen Ämtern im Außenministerium der Russischen Föderation sind jene als Stellvertretender Direktor der Personalabteilung und als Stellvertretender Exekutivsekretär zu nennen.



OSZE

Ralf Breth übernahm am 16. Mai 2011 den Posten des Leiters der OSZE-Mission in Skopje. Als Jurist und Berufsdiplomat im deutschen Auswärtigen Dienst war Botschafter Breth Generalkonsul in Hermannstadt (Rumänien), Generalkonsul in Izmir (Türkei) und Botschafter in Skopje. Andere Posten im Ausland führten ihn nach Mexiko, Uganda und Kroatien. Im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Bonn und Berlin war er im Bereich des Privat-, Völker- und Strafrechts sowie in der Wirtschaftsabteilung tätig.



ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Françoise Nocquet aus Frankreich übernahm am 14. Juni 2011 die Leitung der Hauptabteilung Personalressourcen. Sie kehrt zur OSZE zurück, wo sie von November 1999 bis Mai 2003 als erste Vollzeit-Rechtsberaterin tätig war. Anschließend arbeitete sie beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in New York als Leitende Juristische Beraterin, als mit Rechtsfragen betraute Leiterin der Personalabteilung und ab Januar 2008 als Stellvertretende Direktorin des Personalmanagements. Vor ihrer Funktion bei der OSZE war Nocquet dreizehn Jahre bei Interpol, Frankreich, unter anderem als Stellvertretende Leiterin der Rechtsabteilung (von 1993 bis 1999), tätig.



OSZE/SUSANNA LOOF

Desirée Schweitzer trat am 1. März 2011 die Position der Stellvertretenden Koordinatorin für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE/Leiterin der Umweltaktivitäten an, wo sie für Fragen der Energiesicherheit zuständig ist. Die Berufsdiplomatin war Stellvertretende Leiterin der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OSZE sowie ab 2008 Stellvertretende Leiterin der mit Fragen der OSZE und des Europarats betrauten Abteilung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Davor war sie für Fragen der Erweiterung der Europäischen Union (EU) zuständig. Zu ihren Auslandsposten zählten Washington, D. C., New York und Islamabad.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist in 56 Staaten aktiv, um durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praxisbezogene Arbeit Stabilität, Wohlstand und Demokratie zu fördern und auf diesem Wege nachhaltige Verbesserungen zu bewirken.

osce.org/publications
e-mail: oscemagazine@osce.org

OSZE Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa